

Wertschöpfung

Standort Bayern – Unternehmensperspektiven 2024

vbw

Studie

Stand: Dezember 2024

Eine vbw Studie, erstellt von Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Negativtrend gestoppt: Standortqualität Bayerns hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder verbessert

Seit 2013 befragt IW Consult im Auftrag der vbw einmal pro Jahr die Unternehmen im Freistaat, wie sie den Standort Bayern einschätzen. Nachdem im Jahr 2019 ein absoluter Spitzenwert erreicht wurde, gingen die Bewertungen in den Jahren 2020 bis 2023 schrittweise zurück. Umso erfreulicher ist es, dass dieser Negativtrend in diesem Jahr gestoppt werden konnte und sich die Bewertung der Standortqualität wieder verbessert hat. Die durchschnittliche Standortqualität wird in diesem Jahr mit 72,8 Punkten von 100 möglichen Punkten bewertet (Vorjahr 70,2 Punkte). Nicht nur die Standortqualität, auch die Standortloyalität hat sich nach Rückgängen in den Vorjahren 2024 wieder erhöht: 92 Prozent der Unternehmen würden sich wieder im Freistaat ansiedeln (Vorjahr: 91,7 Prozent).

Bei der Bewertung der fünf einzelnen Themenfelder „Arbeitsumfeld“, „Infrastruktur“, „Innovationsumfeld“, „Energie und Rohstoffe“ sowie „staatliches Verwaltungshandeln“ gab es in zwei Bereichen Verbesserungen: Der Bereich „Energie und Rohstoffe“ verbesserte sich von Schulnote 3,6 im Vorjahr auf 3,3. Zudem bekam der Bereich „Innovation“ diesmal die Schulnote 2,8 und verbesserte sich damit ebenfalls gegenüber dem Vorjahr (Note 2023: 2,9). Die restlichen Bereiche „Humankapital/Arbeitsumfeld“ (Note: 3,8), „Allgemeine Infrastruktur“ (Note: 3,0) sowie „Verwaltungshandeln“ (Note: 3,9) erhielten jeweils die gleiche Note wie im vergangenen Jahr. Während das Innovationsumfeld sowie die Infrastruktur - beides Bereiche, über die maßgeblich in Bayern entschieden wird - gut abschneiden und der Bereich Energie und Rohstoffe nicht mehr so schlecht wie zuvor bewertet wird, liegen die mit dem Arbeitsumfeld zusammenhängenden Standortfaktoren sowie das Verwaltungshandeln am Schluss der Einstufungen durch die Unternehmen.

Aus Sicht der vbw ergeben sich aus der Befragung klare Hinweise darauf, was angepackt werden muss, um den Standort Bayern zukunftsfest zu machen. Dabei gilt: Über die Mehrheit der Standortfaktoren, die in unserer Befragung weniger gut abschneiden, wird in Berlin entschieden. Ganz oben auf der bundespolitischen Agenda müssen daher die Senkung der Arbeits- und Energiekosten, flexiblere Regelungen im Arbeitsumfeld sowie der Bürokratieabbau stehen. Weitere Maßnahmenswerpunkte ergeben sich in der Erhöhung der Serviceorientierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Die Bayerische Staatsregierung hat das erkannt und im Sommer 2024 ein weitreichendes Maßnahmenprogramm auf den Weg gebracht, dessen positive Wirkungen voraussichtlich erst in zukünftigen Umfragen ablesbar sein dürften.

Bertram Brossardt
06. Dezember 2024

Inhalt

1	Ergebnisse	1
1.1	Zentrale Ergebnisse	1
1.2	Handlungsableitungen	8
2	Standortqualität, Standortloyalität und Verbesserungswünsche	11
2.1	Handlungsableitungen	13
2.2	Humankapital und Arbeitsumfeld	13
2.3	Allgemeine Infrastruktur	16
2.4	Innovationsumfeld	19
2.5	Energie und Rohstoffe	21
2.6	Verwaltungshandeln	23
3	Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken	25
3.1	Besonderheiten der Regierungsbezirke	27
3.2	Oberbayern	29
3.2.1	Bewertung der Standortqualität und -loyalität	29
3.2.2	Standortfaktoren	30
3.2.3	Verbesserungsmaßnahmen	32
3.3	Niederbayern	33
3.3.1	Bewertung der Standortqualität und -loyalität	33
3.3.2	Standortfaktoren	34
3.3.3	Verbesserungsmaßnahmen	35
3.4	Oberpfalz	37
3.4.1	Bewertung der Standortqualität und -loyalität	37
3.4.2	Standortfaktoren	38
3.4.3	Verbesserungsmaßnahmen	39
3.5	Oberfranken	41
3.5.1	Bewertung der Standortqualität und -loyalität	41
3.5.2	Standortfaktoren	42
3.5.3	Verbesserungsmaßnahmen	43
3.6	Mittelfranken	44

3.6.1	Bewertung der Standortqualität und -loyalität	45
3.6.2	Standortfaktoren	46
3.7	Unterfranken	49
3.7.1	Bewertung der Standortqualität und -loyalität	49
3.7.2	Standortfaktoren	50
3.7.3	Verbesserungsmaßnahmen	51
3.8	Schwaben	53
3.8.1	Bewertung der Standortqualität und -loyalität	53
3.8.2	Standortfaktoren	54
3.8.3	Verbesserungsvorschläge	55
4	Stärkere Serviceorientierung der Verwaltung als Beitrag zur Standortstärkung	59
Abbildungsverzeichnis		62
Tabellenverzeichnis		63
Anhang		64
Ansprechpartner/Impressum		70

1 Ergebnisse

Nach der rückläufigen Entwicklung der letzten Jahre hat sich die generelle Standortqualität Bayerns in diesem Jahr wieder verbessert.

1.1 Zentrale Ergebnisse

Standortloyalität

Die Standortloyalität in Bayern befindet sich auf hohem Niveau. Nach einem Rückgang im vergangenen Jahr hat sie in diesem Jahr wieder zugelegt. Aktuell würden sich 91,0 Prozent der befragten Unternehmen wieder im Freistaat ansiedeln (Vorjahr 90,7 Prozent). Damit scheinen die Rückgangstendenzen der vergangenen Jahre vorläufig gestoppt zu sein. Allerdings ist man aus Sicht der Unternehmen noch weit entfernt von den insbesondere zu Beginn der Unternehmerbefragung in den Jahren 2013 bis 2020 ermittelten Loyalitätswerten, die teils deutlich über 95 Prozent lagen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die aktuelle Erholungstendenz in den kommenden Jahren fortsetzen wird.

Standortqualität

Nach dem regelrechten Einbruch im Vorjahr auf den niedrigsten Wert seit Beginn der Unternehmerbefragung hat sich die Einschätzung der generellen Standortqualität in diesem Jahr wieder verbessert. So bewerten die befragten Unternehmen die Standortqualität in ihrer Region in diesem Jahr mit 72,8 Punkten von 100 möglichen Punkten (Vorjahr 70,2 Punkte).

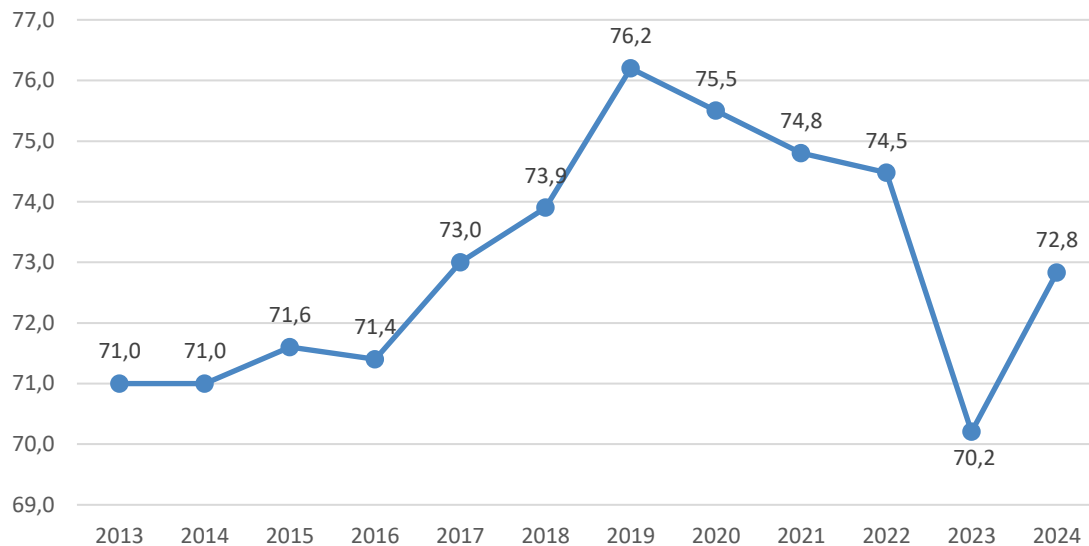
Insgesamt liegt damit die Einschätzung der Qualität des Standortes Bayern aus Sicht der Unternehmen zwar weiter deutlich unter dem Höchstwert des Jahres 2019 (76,2 Punkte). Das Ausmaß der aktuellen Qualitätsverbesserung bedeutet allerdings den höchsten absoluten Jahressprung seit Beginn der Erhebung.

Ergebnisse

Abbildung 1

Bewertung der Standortqualität im Zeitverlauf

Durchschnittsbewertungen von 0 (sehr niedrig) bis 100 (sehr hoch)



Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult
(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

Bewertung der Themenbereiche

Zusätzlich zur Standortloyalität zum Freistaat insgesamt und zur generellen Standortqualität der Region wurde die Qualität von insgesamt 60 einzelnen Standortfaktoren abgefragt, die in den folgenden fünf Themenbereichen zusammengefasst wurden: Humankapital, Energie und Rohstoffe, Verwaltungshandeln, Innovationsumfeld sowie Allgemeine Infrastruktur. Im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen hat sich kein Themenbereich verschlechtert. Die bereits im Vorjahr begonnene verbesserte Einschätzung des Themenbereiches Energie und Rohstoffe hat sich fortgesetzt. In diesem Jahr bewerten die Unternehmen diesen Bereich mit einer durchschnittlichen Schulnote von 3,3. Damit hat sich die Einstufung binnen zweier Jahre von vormals 4,0 deutlich verbessert. Der schlechte damalige Wert von 4,0 war Ausdruck der zu Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine existierenden Energiekrise. Am besten schneidet erneut das Innovationsumfeld ab, das von den Unternehmen mit einer Note von 2,8 bewertet wird. Dies entspricht einer leichten Verbesserung zum Vorjahr (Note 2,9 im Jahr 2023). Die Bewertungen der übrigen Themenbereiche sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben: Die Allgemeine Infrastruktur wird von den Unternehmen wieder mit der Note 3,0 eingestuft, das Humankapital mit der Note 3,8 und das Verwaltungshandeln als Schlusslicht unter den erfragten Themenbereichen mit der Note 3,9.

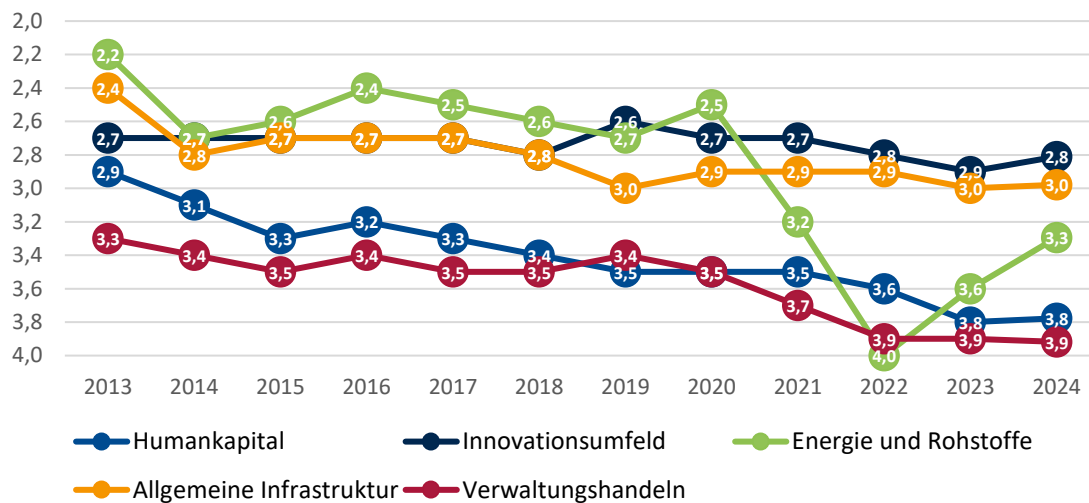
Trotz dieses im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnenden Aufwärtstrends fallen die Bewertungen aller Themenbereiche durchweg schlechter aus als zu Beginn der Erhebung im

Ergebnisse

Jahre 2013. Insbesondere die Bereiche Energie und Rohstoffe (im Vergleich mit dem Jahr 2013 von der Note 2,2 auf 3,3 abgefallen) sowie Humankapital und Arbeitsumfeld (von der Note 2,9 auf 3,8 gesunken) haben in diesen zehn Jahren aus Sicht der befragten Unternehmen im Land signifikant an Zustimmung eingebüßt.

Abbildung 2

Bewertung der untersuchten Themenbereiche im Zeitablauf
Bewertung in Schulnoten



Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult
(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

Standortfaktoren

Die oben dargestellten Durchschnittsnoten ergeben sich aus den Bewertungen der Unternehmen für relevante einzelne Standortfaktoren aus den betrachteten Themenbereichen. Die zehn besten Einzelnoten vergeben die befragten Unternehmen in Bayern aktuell für die folgenden Standortfaktoren:

Tabelle 1

Die zehn am besten bewerteten Standortfaktoren 2024 und 2023

Standortfaktor	2024	2023
1. Sichere Stromversorgung	2,3	2,6
2. Zugang zu Technologien	2,6	2,7
3. Sichere Gasversorgung	2,6	2,9
4. Technikfreundlichkeit / positives Innovationsklima	2,6	2,8
5. Güte der Infrastruktur für den Straßenverkehr	2,7	2,8
6. Qualität der Bildungsinfrastruktur	2,7	2,8
7. Güte der soziokulturellen Infrastruktur	2,7	3,3
8. Sichere Rohstoffversorgung	2,7	3,0
9. Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2,7	2,6
10. Existenz von FuE- bzw. Innovationsnetzwerken	2,8	2,8

Bewertung in Schulnoten.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2024, 2023)

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich nur recht geringe Veränderungen ergeben, acht der zehn bestbewerteten Standortfaktoren befanden sich bereits im letzten Jahr auf dieser Liste. Neu hinzugekommen ist die Güte der soziokulturellen Infrastruktur auf Platz 7 (im Vorjahr auf Platz 13, Note 3,3) sowie die Sicherheit der Rohstoffversorgung auf Platz 8 (im Vorjahr: Platz 11, Note 3,0). Nicht mehr zu den zehn bestbewerteten Standortfaktoren gehören indes die Güte der digitalen Infrastruktur (2024: Platz 14, Note 3,3; 2023: Platz 5, Note 2,7) sowie die Sicherung wohnortnaher KITAS (2023: Platz 3, Note 2,7). Besonders verbessert haben sich neben der Güte der soziokulturellen Infrastruktur (von der Note 3,3 im Vorjahr auf nun 2,7) vor allem die Sicherheit der Stromversorgung (von 2,6 auf nun 2,3), der Gasversorgung (von 2,9 auf 2,6) und der Rohstoffversorgung (von 3,0 auf 2,7) und damit Faktoren aus dem Themenbereich Energie und Rohstoffe.

Die Gesamtbetrachtung der zehn bestbewerteten Einzelfaktoren lässt folgende Zusammenfassung zu: Aus Sicht der Unternehmen gilt Bayern weiterhin als ein technologie- und innovationsaffines Land mit einer sicheren Energie- und Rohstoffversorgung. Die Infrastruktur – vor allem in den Bereichen Straßenverkehr, Bildung und Soziokultur – wird als durchaus zufriedenstellend eingestuft. Die Güte der digitalen Infrastruktur fällt in diesem Jahr jedoch etwas ab.

Tabelle 2

Die zehn am schlechtesten bewerteten Standortfaktoren 2024 und 2023

Standortfaktor	2024	2023
1. Bürokratischer Aufwand	4,7	4,5
2. Flexibilität des Arbeitsrechts	4,1	3,9
3. Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	4,0	3,9
4. Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	4,0	3,8
5. Höhe der Spritpreise	4,0	4,2
6. Verfügbarkeit von Fachkräften	4,0	4,2
7. Höhe der Strompreise	3,9	4,3
8. Höhe der Rohstoffpreise	3,8	4,0
9. Höhe der Gaspreise	3,8	4,2
10. Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte	3,8	4,1

Bewertung in Schulnoten.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2024, 2023)

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich auch in Bezug auf die zehn am schlechtesten bewerteten Standortfaktoren nur vergleichsweise geringe Veränderungen ergeben. Alle Standortfaktoren, die bereits im Jahr 2023 in dieser Liste genannt wurden, finden sich hier in diesem Jahr erneut wieder. Allerdings sind die Zulassungs- und Genehmigungsverfahren im Vergleich zum Vorjahr aus der Liste herausgefallen, da nun erstmalig die Höhe der Gas- und Spritpreise getrennt als zwei Faktoren erhoben wurden. Nochmals schlechter als im Vorjahr schneiden vor allem der bürokratische Aufwand (Note 4,5 im Vorjahr, nun 4,7), die Flexibilität des Arbeitsrechts (Note 3,9 im Vorjahr, nun 4,1) und der Fortschritt bei der Digitalisierung der Verwaltung (Note 3,8 im Vorjahr, nun 4,0) ab. Erkennbare Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr lassen sich vor allem für die Höhe der Strompreise (Note 4,3 im Vorjahr, nun 3,9), die Höhe der Gaspreise (Note 4,2 im Vorjahr, nun 3,8) sowie die Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte (Note 4,1 im Vorjahr, nun 3,8) feststellen.

Die Gesamtbetrachtung der zehn am schlechtesten bewerteten Standortfaktoren führt zu folgender Zusammenfassung: Aus Sicht der Unternehmen existieren am Standort Bayern vor allem in drei Bereichen verbesserungswürdige Rahmenbedingungen – nämlich bei der Bürokratie, bei der Flexibilität des Arbeitsrechts sowie bei der Höhe der Energie- und Rohstoffpreise. Ein großes Problem ist zudem der Fachkräftemangel, wobei hier – ebenso wie bei der Höhe der Energie- und Rohstoffpreise – leichte Verbesserungstendenzen im

Ergebnisse

Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen sind. Die bürokratischen Rahmenbedingungen, das Verwaltungshandeln sowie die Flexibilität des Arbeitsrechts werden dagegen schlechter bewertet als letztes Jahr. Insgesamt wird die Kluft zwischen den Standortfaktoren der vergleichsweise gut bewerteten Themenbereiche Innovationsumfeld und Allgemeine Infrastruktur zu den deutlich schlechter bewerteten Bereichen Verwaltungshandeln und Humankapital eher größer denn kleiner.

Verbesserungsmaßnahmen

Neben den Bewertungen der Standortfaktoren wurden die Unternehmen auch um ihre Einschätzungen zu konkreten Verbesserungsmaßnahmen gebeten. Zur Verbesserung der Standortbedingungen sollte die Politik nach Einschätzung der befragten Unternehmen vor allem Maßnahmen in den folgenden Bereichen mit hohem Nachdruck angehen:

Tabelle 3

Die zehn relevantesten Verbesserungsmaßnahmen 2024 und 2023

Verbesserungsmaßnahme	2024	2023
1. Antragsverfahren erleichtern	92,2	90,2
2. Sicherstellung flächendeckenden Gesundheitsversorgung	92,1	88,8
3. Breitbandinitiative fortführen	89,4	89,8
4. Sicherung wohnortnaher Kitas	88,6	85,0
5. Bereitstellung attraktives und bezahlbares Wohnangebot	88,6	83,0
6. Netzausbau (Verstärkung von Leitungskapazitäten)	88,3	84,3
7. Sicherung wohnortnaher Schulen	87,5	85,0
8. Arbeitsrecht und Arbeitsschutz entbürokratisieren	86,0	79,8
9. Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	85,3	81,2
10. Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	85,3	82,3

Zustimmungsquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2024, 2023)

Die aufgeführten Verbesserungen umfassen vor allem Maßnahmen aus dem Bereich der Allgemeinen Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Breitbandinitiative, wohnortnahe Kitas, Wohnangebot, Schulen, Pflegeeinrichtungen). Die übrigen Verbesserungsmaßnahmen entfallen auf die vier Bereiche Innovation (Antragsverfahren), Energie (Netzausbau), Humankapital (Arbeitsrecht und Arbeitsschutz entbürokratisieren) und Verwaltung (Vernetzung administrativer Einheiten). Im Vergleich zum Vorjahr neu hinzugekommen sind

Ergebnisse

die Entbürokratisierung von Arbeitsrecht und Arbeitsschutz (im Vorjahr Platz 13 mit 79,8 Prozent) sowie die Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen (im Vorjahr Platz 11 mit 81,2 Prozent), während mit der Entwicklung bzw. dem Ausbau von Speichern (in diesem Jahr Platz 11 mit 83,1 Prozent) sowie der Senkung regulierter Strompreiskomponenten (Platz 15 mit 81,2 Prozent in diesem Jahr) zwei Maßnahmen aus dem Bereich Energie nicht mehr zu den zehn relevantesten Verbesserungsmaßnahmen zählen.

Bei einigen Verbesserungsmaßnahmen hat sich der Handlungsdruck im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich verändert. In der folgenden Tabelle werden jeweils die fünf Maßnahmen mit der größten Veränderung dargestellt.

Tabelle 4

Verbesserungsmaßnahmen mit größtem Zuwachs/ größter Abnahme

Verbesserungsmaßnahme	Delta (2024-2023)
1. Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum	11,6%
2. Flexibilität des Arbeitszeitrechts erhöhen	9,8%
3. Arbeitsrecht und Arbeitsschutz entbürokratisieren	6,2%
4. Arbeitskosten senken	6,0%
5. Investitionen in die Infrastruktur für den Schienenverkehr	5,9%
...	
36. Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern	-0,8%
37. Förderangebot für Unternehmen ausbauen	-0,9%
38. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränken	-2,7%
39. Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung	-4,1%
40. Ausbau der Infrastruktur für Wasserstoff	-9,0%

Bewertung in Schulnoten.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2024, 2023)

Der größte Zuwachs entfällt auf Maßnahmen aus den Bereichen Allgemeine Infrastruktur (Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum sowie Investitionen in Schieneninfrastruktur) und Humankapital (Flexibilität des Arbeitszeitrechtes, Entbürokratisierung von Arbeitsrecht und Arbeitsschutz, Senkung der Arbeitskosten). Die größte Abnahme lässt sich hingegen für Maßnahmen aus den übrigen Bereichen feststellen, nämlich Energie (Entwicklung und Ausbau von Speichern sowie Infrastrukturausbau für wasserstoffbasierte Energieversorgung), Innovation (Förderangebot ausbauen sowie Ausbau steuerlicher

Forschungsförderung) und Verwaltung (wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränken).

Das Bild zu den Unternehmensantworten bezüglich der erhobenen Verbesserungsmaßnahmen lässt sich in der Gesamtschau folgendermaßen zusammenfassen: Die Unternehmen fordern von der Politik vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Allgemeinen Infrastruktur. Aus diesem Bereich stammen sowohl die relevantesten Verbesserungen als auch diejenigen Maßnahmen mit dem größten Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr. Ebenfalls deutlichen Zustimmungszuwachs verzeichnen Verbesserungsmaßnahmen aus dem Bereich Humankapital.

Die den Ergebnissen zugrundeliegende Unternehmensbefragung fand von Anfang Juli bis Ende August 2024 statt. 700 bayerische Unternehmen aus den sieben Regierungsbezirken gaben Auskunft über ihre Einschätzung zu den wirtschaftlichen Perspektiven im Freistaat. Die Unternehmen wurden im Hinblick auf ihre Zufriedenheit zu insgesamt mehr als 60 einzelnen Standortfaktoren und Verbesserungsmaßnahmen befragt, die sich in insgesamt fünf Themenbereiche bündeln lassen (siehe Anhang).

1.2 Handlungsableitungen

Im Kern führen die Auswertungen der Unternehmensbefragung 2024 unter den Unternehmen in den sieben Regierungsbezirken Bayerns zu den folgenden Schlüsselergebnissen:

- Die Standortqualität hat sich aus Sicht der Unternehmen verbessert. Damit einher geht ein leichter Anstieg der Standortloyalität sowohl zum Land als auch zu den Regionen (siehe Kapitel 1, 2 und 3).
- Bezüglich der Bewertung der fünf zentralen Themenbereiche besteht weiterhin eine deutliche Kluft. Während das Innovationsumfeld sowie die Allgemeine Infrastruktur vergleichsweise gut abschneiden und der Bereich Energie und Rohstoffe aufgeholt hat, liegen die mit dem Humankapital zusammenhängenden Standortfaktoren sowie das Verwaltungshandeln am Schluss der Einstufungen durch die Unternehmen. Die Bewertungen zwischen den Regierungsbezirken haben sich angeglichen, so dass sich über den gesamten Freistaat ein durchaus homogenes Bewertungsbild ergibt (siehe Kapitel 3).
- Dies spiegelt sich in den Zustimmungsquoten zu den Verbesserungsmaßnahmen wider. So gehören drei der fünf Maßnahmen mit dem größten Relevanzzuwachs im Vergleich mit dem Vorjahr zum Themenfeld Humankapital (siehe Kapitel 2).

Vor dem Hintergrund der oben aufgeführten Schlüsselergebnisse lassen sich die folgenden Ansatzpunkte für Verbesserungshandlungen ableiten:

1. Bürokratieabbau sowie Erhöhung der Serviceorientierung und Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Aus Sicht der Unternehmen müssen Bürokratie abgebaut und die Serviceorientierung der öffentlichen Verwaltung erhöht werden, um nicht wettbewerbsschwächend zu wirken. Dazu ist nicht nur ein Kulturwandel vom Selbstverständnis als „Prüfer und Genehmiger“

hin zum „Umsetzungspartner“ hilfreich, sondern auch eine damit einhergehende zielgerichtete Optimierung und Digitalisierung zentraler Verwaltungsprozesse sowie eine stärkere Vernetzung administrativer Einheiten. Zudem geht es generell darum, die Anzahl neuer, bürokratietreibender Gesetze sowie die Zahl der Verwaltungsvorschriften zu reduzieren. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat Mitte des Jahres ein „Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030“ auf den Weg gebracht, das diese Themen in den wesentlichen Bereichen des Landesrechts adressiert.

2. Flexibilisierung rechtlicher Rahmenbedingungen im Arbeitsumfeld/Senkung der Arbeitskosten

Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsumfeldes werden von den Unternehmen als deutlich zu bürokratisch und unflexibel eingestuft. Ansatzpunkte zur Flexibilisierung liegen u. a. im Arbeitsrecht, im Arbeitszeitrecht (z.B. tägliche Höchstarbeitszeit abschaffen zugunsten einer durchschnittlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit, Arbeitszeiterfassung praktikabel umsetzen) sowie im Arbeitsschutz (praxisorientiert gestalten). Zudem gilt es, den Wettbewerbsnachteil „hohe Arbeitskosten“ anzugehen und die Arbeitskosten zu senken.

3. Energiepreise senken

Trotz der verbesserten Bewertung durch die Unternehmen sind die Energiepreise nach wie vor zu hoch. Zur Sicherung des Standortes benötigen die Unternehmen in Bayern dringend global wettbewerbsfähige Energiepreise. Neben einer dauerhaften Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau braucht es zusätzliche Maßnahmen wie Netzkostenzuschüsse oder einen Brückenstrompreis – zumindest für die Umbauphase. Zudem ist ein Turbo beim Ausbau aller erneuerbaren Energien und vor allem auch beim Leitungsausbau nötig.

4. Sicherung von Fach- und Arbeitskräften

Auch wenn sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr etwas verbessert hat, stellt die Fachkräftesicherung nach wie vor eine große Herausforderung für viele Branchen in Bayern dar. Es gilt, die heimischen Potenziale konsequenter zu nutzen, etwa durch die weitere Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren. Zudem gilt es, die gezielte Zuwanderung in den heimischen Arbeitsmarkt voranzutreiben.

5. Modernisierung der Infrastruktur in den Regionen

Eine moderne und effiziente Infrastruktur trägt nicht nur wesentlich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Standortes bei, sondern beeinflusst auch die Attraktivität und Lebensqualität der Regionen und dient als Garant für die Rekrutierung von Fachkräften. Daher sollte eine kontinuierliche Modernisierung der Allgemeinen Infrastruktur (z.B. leistungsfähige Informations- und Kommunikationsnetze, engmaschiges Angebot an Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen, breites Angebot soziokultureller Aktivitäten) sichergestellt werden.

6. Stärkung der Innovationskraft von Unternehmen

Bayern zeichnet sich nicht nur durch ein technologiefreundliches und innovationsoffenes Klima aus, vielmehr beruht die hohe Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des Freistaates auch wesentlich auf Forschung und Innovation. Die Attraktivität des Innovationsumfeldes sollte daher laufend gestärkt werden, beispielsweise durch transparente Förderangebote, niedrigschwellige Antragsverfahren oder geeignete Transferstrukturen auch für kleine und mittelständische Unternehmen.

2 Standortqualität, Standortloyalität und Verbesserungswünsche

Standortqualität und -loyalität im Vergleich zum Vorjahr gestiegen

Im Rahmen der seit dem Jahr 2013 durchgeführten Unternehmerbefragung werden die Unternehmen alljährlich um eine Einschätzung von Standortqualität und Standortloyalität gebeten.

Konkret ermittelt wird die Einschätzung der Standortqualität anhand der Frage „Wie beurteilen Sie auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 100 (sehr hoch) die Standortqualität in Ihrer Region und in Bayern insgesamt?“.

Die Standortloyalität wird mittels der Frage „Wenn Sie den Standort Ihres Unternehmens frei wählen könnten, würden Sie sich nochmal für den heutigen Standort entscheiden?“ erhoben, wobei neben der Region des aktuellen Unternehmensstandortes auch die Standortloyalität zu Bayern und zu Deutschland insgesamt ermittelt werden.

Die Standortqualität in der eigenen Region hat nach Jahren des Rückganges (vom Höchststand mit 76,2 Punkten im Jahr 2019 auf den im Vorjahr ermittelten Tiefststand von 70,2 Punkten, jeweils von 100 möglichen Punkten) aus Sicht der befragten Unternehmen wieder zulegen können und erreicht in der diesjährigen Befragung 72,8 Punkte. Parallel dazu ist der langjährige Rückgang der Standortloyalität zu Bayern ebenfalls von einer leichten Verbesserung (von vorjährig 90,7 Prozent) in diesem Jahr abgelöst worden. Demnach würden sich 91,0 Prozent der Unternehmen erneut in Bayern ansiedeln.

Dieses insgesamt hohe Maß an Zustimmung zum bayerischen Standort umfasst alle sieben Regierungsbezirke. Diesbezüglich lassen sich jedoch Unterschiede zwischen den Bezirken feststellen. So nahm die Standortloyalität im Vorjahresvergleich in Mittelfranken sehr stark (nämlich von 90,1 Prozent auf nun 94,9 Prozent), in Unterfranken vergleichsweise deutlich (von 86,6 Prozent auf nun 88,6 Prozent) und in Oberbayern (von 89,5 Prozent auf 89,8 Prozent) sowie in Oberfranken (von 92,1 Prozent auf nun 92,2 Prozent) noch leicht zu. Insbesondere die Entwicklung von Mittelfranken ist bemerkenswert, gelingt dem Regierungsbezirk doch binnen eines Jahres der Sprung von Rang 5 auf nun Rang 1 in der Loyalitätswertung der sieben Bezirke. Einher geht diese Entwicklung mit einem deutlichen Rückgang der Standortloyalität unter den Unternehmen aus dem Regierungsbezirk Oberpfalz, hier sinkt der dementsprechende Wert von vorjährig 93,1 Prozent auf nun 90,6 Prozent. Der Bezirk verliert damit auch seine Spitzenposition und findet sich in diesem Jahr nurmehr auf Platz 4 wieder. Im Vorjahresvergleich ebenfalls gefallen ist die Standortloyalität in den Bezirken Niederbayern (von 92,6 Prozent auf nun 91,3 Prozent) und Schwaben (von vorjährig 90,9 Prozent auf nun 89,8 Prozent).

Tabelle 5

Allgemeine Bewertung der Standortloyalität in Bayern nach Regierungsbezirken

Regierungs- bezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Oberpfalz	97,5	97,2	93,0	97,1	97,8	97,2	93,9	97,5	94,9	93,9	93,1	90,6
Nieder- bayern	96,5	96,5	94,3	96,5	96,4	92,9	91,3	95,8	94,8	91,0	92,6	91,3
Oberbayern	98,5	94,4	94,3	95,0	96,3	95,7	96,9	94,9	93,0	89,1	89,5	89,8
Unter- franken	95,9	90,9	92,3	94,2	90,8	91,8	92,4	94,2	92,0	93,1	86,6	88,6
Oberfranken	94,4	93,7	96,5	95,0	94,6	93,0	95,0	94,1	84,6	90,0	92,1	92,2
Mittel- franken	96,4	97,2	97,9	97,8	96,0	99,3	97,0	94,1	96,2	94,0	90,1	94,9
Schwaben	98,0	95,8	93,7	95,7	97,6	99,2	93,1	94,1	88,5	91,0	90,9	89,8
Bayern	96,8	95,1	94,6	95,9	95,6	95,6	94,2	95,0	92,0	91,7	90,7	91,0

Angaben in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult

(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

Die Loyalität, die Unternehmen ihrem Standort bzw. dem Freistaat insgesamt entgegenbringen, basiert wesentlich auf der Attraktivität und Qualität der Standortbedingungen vor Ort. Attraktive Bedingungen einer Region sind nicht nur wichtig für Wohlstand und Zukunftsfähigkeit, sondern auch für den wirtschaftlichen Erfolg der dort ansässigen Unternehmen. Demgemäß fokussieren die folgenden Untersuchungen auf die relevanten Standortfaktoren in Bayern und den sieben Regierungsbezirken sowie deren Beurteilung aus Sicht der ansässigen Unternehmen. Auf der Grundlage dieser Analysen lassen sich wichtige Handlungsfelder zu den einzelnen inhaltlichen Themenbereichen ableiten. Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse können daher als wichtiger Input für wirtschaftspolitische Notwendigkeiten herangezogen werden, zudem tragen sie zur Identifizierung von relevanten Ansatzpunkten zur Verbesserung der Standortbedingungen und damit zur Stärkung von Standortqualität und -loyalität bei.

2.1 Handlungsableitungen

Die Befragung zielt darauf ab, die Standortqualität und -loyalität zu bestimmen sowie wichtige Handlungsprioritäten aus Sicht der bayerischen Unternehmen für die Landes- und Kommunalpolitik der kommenden Jahre herauszuarbeiten.

Die Analyse umfasst dazu zwei Schritte:

1. In einem ersten Schritt bewerten die Unternehmen die Güte der Standortfaktoren anhand eines Schulnotensystems von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend).
2. In einem zweiten Schritt schätzen die Unternehmen Verbesserungsmaßnahmen für einzelne Standortfaktoren ein. Die Auswahl der Maßnahmen fokussiert auf wichtige Gestaltungsbereiche, die die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Bayern direkt betreffen. Die Zustimmung zu einzelnen Maßnahmen wird auf einer sechstufigen Likert-Skala („stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“) kategorisiert. Die aufgeführten Prozentangaben (sog. Zustimmungsquoten) beziehen sich jeweils auf den Anteil der beiden höchsten Antwortkategorien. Eine höhere Zustimmung im Zeitablauf kann als höherer Handlungsbedarf interpretiert werden und umgekehrt. Dabei werden in der Regel Abweichungen zwischen Ergebnissen zum Vorjahr von mehr als 5 Prozentpunkten bzw. 0,3 Schulnoten als nennenswert betrachtet.

Folgende fünf Themenbereiche stehen im Blickpunkt:

- Humankapital und Arbeitsumfeld
- Allgemeine Infrastruktur
- Innovationsumfeld
- Energie und Rohstoffe
- Verwaltungshandeln

Innerhalb dieser fünf Themenbereiche wurden über 60 Einzelaspekte abgefragt. Der Großteil der abgefragten Aspekte ist im Verlauf der letzten Jahre gleichgeblieben, jedoch werden zur möglichst aussagekräftigen Abdeckung der Themenlage immer wieder einzelne, besonders relevante Aspekte hinzugefügt und andere, zwischenzeitlich überkommene Aspekte gestrichen.

2.2 Humankapital und Arbeitsumfeld

Die Bewertung der Standortbedingungen in Bayern im Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld hat sich im Vergleich zum Vorjahr (Schulnote 3,8) nicht verändert. Der Bereich belegt auch in diesem Jahr wieder den vorletzten Platz unter den fünf Themenbereichen.

Von den Einzelaspekten dieses Bereiches wird, wie in den Vorjahren, die Qualität der Bildungsinfrastruktur am besten bewertet, hier hat sich im Jahresvergleich sogar eine leichte Verbesserung ergeben (Schulnote 2,7 in diesem Jahr gegenüber 2,8 im Vorjahr; siehe Tabelle 6, Güte). Ebenfalls leicht besser schneiden aus Sicht der befragten Unternehmen die

Verfügbarkeit von Fachkräften (vorjährig mit der Schulnote 4,2 bewertet, nun mit der Note 4,0) sowie von qualifizierten Nachwuchskräften (von vorjähriger Note 4,1 auf nun 3,8 verbessert) ab. Während die Bewertung der Arbeitskosten im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben ist (Schulnote 3,7), schneiden die Verfügbarkeit von MINT-Absolventen (im Vorjahr mit der Note 3,5 bewertet, nun mit 3,6) sowie die Flexibilität des Arbeitsrechtes (vorjährige Note 3,9, in diesem Jahr 4,1) schlechter ab als im Vorjahr. Am schlechtesten bewerten die befragten Unternehmen den bürokratischen Aufwand im Arbeitsumfeld, hier wird die Schulnote 4,7 (abermals verschlechtert von vorjährig 4,5) vergeben.

Diese Einschätzungen hinsichtlich der Güte der Standortfaktoren spiegeln sich auch in der Einschätzung der möglichen Verbesserungsmaßnahmen für den Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld wider (siehe Tabelle 6, Verbesserungswünsche). So ist die durchschnittliche Zustimmung zu Verbesserungsmaßnahmen im Jahresvergleich von 68,3 Prozent im Vorjahr auf nun 73,7 Prozent gestiegen. In diesem Zuge haben auch die Zustimmungswerte für die einzelnen Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr teils deutlich zugelegt. Die befragten Unternehmen des Standortes Bayern konstatieren insbesondere einen hohen Handlungsbedarf hinsichtlich der Entbürokratisierung von Arbeitsrecht und -schutz (Zustimmung 86,0 Prozent, stark gestiegen von 79,8 Prozent im Vorjahr), der Senkung von Arbeitskosten (Zustimmung ebenfalls stark gestiegen von 75,3 Prozent auf 81,3 Prozent) sowie der Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen (76,0 Prozent vorjährig, nun 80,2 Prozent). Besonders stark gestiegen sind seit letztem Jahr die Zustimmungswerte für Verbesserungsmaßnahmen, die zur Flexibilität des Arbeitszeitrechtes beitragen (von vorjährig 66,3 Prozent auf nun 76,1 Prozent). Ebenfalls hohen Handlungsbedarf attestieren die befragten Unternehmen bei der Schaffung genereller Anreize zur Arbeitsaufnahme bzw. Mehrarbeit, dieser Aspekt wurde in diesem Jahr erstmalig erhoben und gleich mit einer Zustimmung von 76,3 Prozent bedacht. Zugelegt im Vergleich zum Vorjahr haben auch die Zustimmungswerte zu Verbesserungsmaßnahmen, die die Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland erleichtern (Zustimmung 58,0 Prozent gegenüber 52,4 Prozent im Vorjahr) und die Erwerbsbeteiligung von Frauen (Zustimmung 62,0 Prozent gegenüber 57,9 Prozent im Vorjahr) erhöhen.

Tabelle 6

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld

Güte ¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte	3,3	3,2	3,5	3,4	3,6	3,7	4,0	3,6	3,7	4,0	4,1	3,8
Verfügbarkeit von Fachkräften	3,5	3,4	3,6	3,5	3,8	3,9	3,9	3,8	3,9	4,2	4,2	4,0
Verfügbarkeit von Absolventen in MINT-Fächern	3,2	3,1	3,1	3,0	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,4	3,5	3,6

Standortqualität, Standortloyalität und Verbesserungswünsche

Qualität der Bildungsinfrastruktur (Schul- und Weiterbildungssystem)	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5	2,6	2,8	2,7
Arbeitskosten	–	3,0	3,1	3,1	3,1	3,2	3,3	3,3	3,3	3,4	3,7	3,7
Flexibilität des Arbeitsrechts	–	3,5	3,5	3,5	3,4	3,5	3,6	3,6	3,6	3,7	3,9	4,1
Bürokratischer Aufwand	–	–	3,9	3,8	3,8	4,0	4,1	4,0	4,0	4,1	4,5	4,7
Gesamtbewertung der Güte Bereich Humankapital/ Arbeitsumfeld	2,9	3,1	3,3	3,2	3,3	3,4	3,5	3,5	3,5	3,6	3,8	3,8
Verbesserungswünsche²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen verbessern	74,3	78,6	78,3	77,2	74,6	75,6	78,2	79,2	78,3	79,0	76,0	80,2
Unterstützung der beruflichen Weiterbildung ausbauen	71,6	72,8	68,0	67,2	64,6	68,2	73,5	72,3	70,6	–	–	–
Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland erleichtern	51,2	52,1	58,7	55,8	49,1	52,7	43,6	47,6	49,2	62,5	52,4	58,0
Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren erleichtern	–	–	–	71,2	62,3	66,4	67,2	71,1	72,0	–	–	–
Flexibilität des Arbeitsrechts erhöhen	–	66,6	70,9	71,8	66,2	69,7	70,6	72,8	67,8	74,1	70,6	75,1
Flexibilität des Arbeitszeitrechts erhöhen	–	–	–	–	–	–	–	67,3	63,5	66,1	66,3	76,1
Sachgrundlose Befristungen erleichtern	–	–	–	–	–	–	–	48,9	43,1	–	–	–
Arbeitsrecht und -schutz entbürokratisieren	–	–	–	–	–	–	–	79,0	74,6	80,0	79,8	86,0
Arbeitskosten senken	–	56,3	61,9	65,2	62,4	64,9	64,5	69,3	67,8	71,4	75,3	81,3
Bürokratischen Aufwand beim Mindestlohngesetz reduzieren	–	–	73,9	72,7	72,8	73,3	71,5	64,9	66,8	69,3	–	–

Unterstützung bei Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen	–	–	–	53,4	66,2	73,2	67,9	54,1	55,0	–	–	–
Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	59,8	57,9	62,0
Mehr Transparenz über und einfacheren Zugang zu Fördermöglichkeiten der beruflichen Weiterbildung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	69,4	68,0	68,2
Generell Anreize zur Arbeitsaufnahme bzw. Mehrarbeit verbessern	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	76,3

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult

(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

2.3 Allgemeine Infrastruktur

Auch in diesem Jahr stufen die Unternehmen in Bayern die Güte der Allgemeinen Infrastruktur wieder mit der Note 3,0 ein. Damit nimmt dieses Themenfeld – wie im Vorjahr – erneut den zweiten Platz unter den fünf Bereichen ein.

Die höchsten Bewertungen (siehe Tabelle 7, Güte) erzielt die in diesem Jahr erstmalig erhobene Güte der Infrastruktur für den Luftverkehr (Note 2,6), nur knapp dahinter landen die Benotungen für die Infrastrukturen für den Straßenverkehr (leicht verbessert von der vorjährigen Note 2,8 auf nun 2,7) sowie für das soziokulturelle Umfeld (deutlich verbessert von 3,3 auf 2,7) und die Güte der Gewerbe- und Industrieflächen (leicht verschlechtert von 2,6 auf nun 2,7). Zur Bewertung der übrigen Faktoren der Allgemeinen Infrastruktur tut sich eine Kluft auf: So stufen die befragten Unternehmen die Güte der Mobilfunkinfrastruktur mit einer Schulnote von 3,2 ein (leicht verbessert von vorjährig 3,3), die digitale Infrastruktur wird mit 3,3 bewertet. Dabei hat sich die Benotung der Digitalinfrastruktur im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert, damals lag sie bei 2,7. Das Schlusslicht bildet auch in diesem Jahr wieder die Güte des Schienenverkehrs mit der Note 3,7.

Bis auf wenige Ausnahmen haben sich die Zustimmungswerten zu Verbesserungsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr erhöht (siehe Tabelle 7, Verbesserungswünsche). Dies gilt – vor dem Hintergrund der als deutlich schlechter wahrgenommenen Güte der Schieneninfrastruktur wenig verwunderlich – vor allem für Investitionsmaßnahmen, die auf die Verbesserung der Schiene ausgerichtet sind. In diesem Jahr liegt die Zustimmung der Unternehmen bei 74,8 Prozent und ist von vorjährig 68,9 Prozent angestiegen. Daneben wird vor allem ein hoher Handlungsbedarf bei Maßnahmen angemahnt, die auf Aspekte der sozialen Infrastruktur ausgerichtet sind. Einen deutlichen Sprung gemacht haben vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum, hier stieg die

Zustimmungsquote von 69,0 Prozent im letzten Jahr auf nun 80,6 Prozent. Einen ebenso gestiegenen Handlungsbedarf sehen die befragten Unternehmen hinsichtlich der Bereitstellung eines bezahlbaren und attraktiven Wohnraumes (von 83,0 Prozent auf nun 88,6 Prozent gestiegen), der Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen (vorjährig 81,2 Prozent, nun 85,3 Prozent) sowie der Sicherung wohnortnaher Kitas (von 85,0 Prozent auf 88,6 Prozent gestiegen). Erhöht hat sich auch die Zustimmungsquote für Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (vorjährig 88,8 Prozent), die mit nun 92,1 Prozent auch den diesjährigen Zustimmungshöchstwert aller Verbesserungen aus dem Bereich der Allgemeinen Infrastruktur darstellt.

Auf hohem Niveau bewegen sich wie in den letzten Jahren diejenigen Maßnahmen, die auf die Fortführung der Breitbandinitiative (von 89,8 Prozent im letzten Jahr auf nun 89,4 Prozent gefallen) sowie die Verbesserung der Mobilfunkinfrastruktur (von vorjährig 79,0 Prozent gestiegen auf 81,4 Prozent in diesem Jahr) und damit auf eher technische Bereiche ausgerichtet sind.

Die Zustimmungswerte für Investitionen in die Straßeninfrastruktur erreichen in diesem Jahr eine Quote von 66,8 Prozent (nach 63,6 Prozent im Vorjahr). Die erstmalig erfragten Maßnahmen zum Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien erhalten einen Zustimmungswert von 68,4 Prozent.

Tabelle 7

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Allgemeine Infrastruktur

Güte ¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Güte der digitalen Infrastruktur	-	-	-	-	-	-	3,3	3,2	3,3	2,8	2,7	3,3
Güte der Mobilfunkinfrastruktur	-	-	-	-	-	-	3,5	3,4	3,3	3,2	3,3	3,2
Güte der soziokulturellen Infrastruktur	2,2	2,5	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,2	2,5	3,2	3,3	2,7
Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2,5	2,4	2,5	2,4	2,5	2,6	2,7	2,6	2,7	2,5	2,6	2,7
Infrastruktur für den Straßenverkehr	-	2,8	2,6	2,6	2,6	2,7	2,9	2,6	2,7	2,6	2,8	2,7
Infrastruktur für den Schienenverkehr	-	3,4	3,2	3,2	3,2	3,3	3,5	3,4	3,4	3,4	3,7	3,7
Infrastruktur für den Luftverkehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,6
Sicherung wohnortnaher Kitas	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,7	2,7	-

**Gesamtbewertung der
Güte des Bereichs Allge-
meine Infrastruktur**

2,4 2,8 2,7 2,7 2,7 2,8 3,0 2,9 2,9 2,9 3,0 3,0

Verbesserungswünsche²⁾

'13 '14 '15 '16 '17 '18 '19 '20 '21 '22 '23

Breitbandinitiative fortfüh- 80,2 81,4 89,8 88,5 86,3 88,8 91,2 92,6 93,8 90,7 89,8 89,4
ren

Mobilfunkinfrastrukturaus- - - - - - 82,0 84,7 85,7 80,3 79,0 81,4
bau forcieren

Investitionen in die Stra- - 68,6 77,0 73,9 72,1 72,4 70,9 69,0 70,1 65,7 63,6 66,8
ßenverkehrsinfrastruktur

Investitionen in die Schie- - 49,2 52,2 53,0 56,2 60,8 71,6 65,6 69,4 70,2 68,9 74,8
nenverkehrsinfrastruktur

Investitionen in die Luftver- - 24,3 32,6 27,5 30,3 32,2 27,5 21,3 20,9 21,6 18,8 -
kehrsinfrastruktur

Sicherung wohnortnaher 84,3 72,6 77,5 76,3 82,0 82,0 85,2 86,3 88,4 85,3 85,0 87,5
Schulen

Sicherung wohnortnaher - - 73,3 76,2 77,7 78,0 83,1 86,1 89,1 86,9 85,0 88,6
Kitas

Sicherung wohnortnaher - - 72,8 70,8 75,9 76,8 77,2 81,0 83,5 80,6 81,2 85,3
Pflegeeinrichtungen

Verbesserung der Lebenssi- - 62,9 62,8 63,5 66,4 66,8 74,9 73,4 73,9 73,9 69,0 80,6
tuation im ländlichen Raum

Sicherstellung einer flä- 88,5 76,2 79,4 80,8 83,6 82,9 87,0 87,9 90,5 88,5 88,8 92,1
chendeckenden Gesund-
heitsversorgung

Flächendeckendes Angebot 61,6 71,8 71,3 75,9 77,8 78,2 82,1 79,5 81,6 81,2 79,9 82,7
im ÖPNV sicherstellen

Bereitstellung eines attrak- 77,4 71,0 72,8 75,3 79,7 81,2 83,4 83,5 84,9 82,9 83,0 88,6
tiven und bezahlbaren An-
gebots an Wohnraum

Sicherstellung eines attrak- 49,5 48,3 53,5 51,9 53,3 54,3 56,1 58,2 66,6 56,6 56,1 61,2
tiven Angebots an soziokul-
turellen Einrichtungen

Ausbau einer flächende- - - - - - - - - - - - 68,4
ckenden Ladeinfrastruktur

für nachhaltige Antriebs-
technologien

¹Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult
(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

2.4 Innovationsumfeld

Wie in den Vorjahren belegt das Innovationsumfeld auch in der aktuellen Unternehmensbefragung die Spitzenposition unter den fünf Themenbereichen, die die Güte des Wirtschaftsstandortes Bayern bestimmen. In diesem Jahr vergeben die Unternehmen die Note 2,8, damit wird eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr erreicht (Note 2,9).

Verbessert haben sich die Technikfreundlichkeit (von der vorjährigen Note 2,8 auf nun 2,6), die proaktive Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen (vorjährig 3,2, nun 3,0) sowie der Zugang zu Technologien (von 2,7 auf 2,6; siehe Tabelle 8, Güte). Dabei handelt es sich bei Technikfreundlichkeit und Technologiezugang auch um diejenigen Faktoren, die im Bereich des Innovationsumfeldes insgesamt am besten abschneiden. Mit der Note 3,1 am schlechtesten bewertet wird das Förderungsangebot für Unternehmen, im Vorjahr haben die Unternehmen hier noch die Note 3,0 vergeben. Nicht verändert hat sich der Blick auf die Existenz von FuE- bzw. Innovationsnetzwerken, dieser Faktor wird wie im Vorjahr mit der Note 2,8 eingestuft.

Unter den Verbesserungswünschen (siehe Tabelle 8, Verbesserungen) als besonders relevant bewertet werden auch in diesem Jahr wieder erleichterte Antragsverfahren. Hier beträgt die Zustimmungquote 92,2 Prozent. Der im Vergleich mit den übrigen Maßnahmen des Themenbereiches Innovationsumfeld recht hohe Anstieg von vorjährig 90,2 Prozent ist bemerkenswert, ungeachtet des bereits zuvor erreichten hohen Niveaus. Ebenfalls stark angestiegen ist der Umsetzungsdruck für Maßnahmen zur Verbesserung des Beratungsangebotes, hier hat sich die Zustimmung der Unternehmen von 65,6 Prozent auf nun 70,8 Prozent erhöht. Noch dringlicher sind aus Perspektive der Befragten solche Maßnahmen, die den Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung erleichtern (letztjährig 77,7 Prozent, nun 77,5 Prozent) oder das Förderungsangebot verbessern (Quote von 77,5 Prozent im Vorjahr auf 76,6 Prozent in diesem Jahr gefallen).

Vergleicht man die Zustimmungswerte von 2023 für die genannten Verbesserungsmaßnahmen mit den entsprechenden Werten aus der diesjährigen Erhebung insgesamt, ist ein Zuwachs von gut 2 Prozentpunkten (von durchschnittlich 69,5 Prozent Zustimmung im Jahr 2023 auf nun 71,7 Zustimmung) zu beobachten.

Tabelle 8

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Innovationsumfeld

Güte¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Förderungsangebot für Unternehmen	–	–	–	–	–	–	2,8	2,8	2,8	2,9	3,0	3,1
Existenz FuE-/Innovationsnetzwerke	2,8	2,6	2,7	2,7	2,7	2,8	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8	2,8
Zugang zu Technologien	2,6	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6	2,4	2,6	2,6	2,7	2,7	2,6
Technikfreundlichkeit/positives Innovationsklima	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,7	2,7	2,8	2,6
Proaktive Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen	–	–	–	–	–	–	–	–	3,0	3,1	3,2	3,0
Gesamtbewertung der Güte des Bereichs Innovationsumfeld	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8	2,6	2,7	2,7	2,8	2,9	2,8
Verbesserungswünsche²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Beratungsangebot verbessern	51,1	64,5	65,7	65,2	66,9	70,3	63,1	64,4	68,1	69,1	65,6	70,8
Förderungsangebot ausbauen	68,0	71,2	78,3	73,2	73,6	76,7	76,6	77,6	75,9	76,4	77,5	76,6
Finanzielle Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken	65,8	73,9	73,1	71,0	71,5	68,0	72,6	70,6	–	–	–	–
Antragsverfahren erleichtern	–	–	85,7	85,8	84,9	87,7	84,2	86,6	88,6	90,8	90,2	92,2
Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen	–	–	–	63,3	63,6	68,2	67,2	66,9	64,6	64,9	62,9	–
Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups	–	–	–	61,2	70,1	71,2	63,5	60,7	63,7	62,0	61,0	–

Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen	–	–	–	–	–	–	–	–	58,2	58,8	59,4	–
Unterstützung von Innovations-Netzwerken	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	58,3
Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung	–	–	–	–	–	–	–	–	63,3	62,4	63,3	59,2
Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung erleichtern	–	–	–	–	–	–	–	–	76,7	78,8	77,7	77,5
Gesellschaftlich besonders relevante Innovationsfelder verstärkt öffentlich fördern	–	–	–	–	–	–	–	–	73,6	71,6	67,8	67,2

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult

(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

2.5 Energie und Rohstoffe

Der Themenbereich Energie und Rohstoffe wird von den Unternehmen am Wirtschaftsstandort Bayern insgesamt mit der Note 3,3 bewertet. Damit hat dieser Themenbereich im Vergleich zum Vorjahr die höchste Verbesserung erreicht, im Jahr 2023 wurde noch eine 3,5 vergeben. Augenscheinlich erweist sich der zwischenzeitliche Bewertungsabfall des Jahres 2022 (auf die Note 4,0) als Einmaleffekt, der wohl wesentlich auf die Beeinträchtigungen der Energie- und Rohstoffversorgung im Zuge des Kriegsbeginns in der Ukraine zurückzuführen ist.

So konnten sich alle genannten Standortfaktoren im Bereich Energie und Rohstoffe verbessern (siehe Tabelle 9, Güte). Den höchsten Notensprung vollzogen haben dabei zwei Faktoren, die sich auf Preishöhen beziehen: Zum einen stufen die Unternehmen die Höhe der Gaspreise in diesem Jahr mit der Note 3,8 (Note 4,2 im Vorjahr) ein, zum anderen wird die Höhe der Strompreise mit der Note 3,9 (Vorjahr 4,3) bewertet. In ähnlichem Maße verbessern konnten sich die Sicherheit der Rohstoffversorgung (von 3,0 auf 2,7), der Stromversorgung (von 2,6 auf 2,3) sowie der Gasversorgung (von 2,9 auf 2,6). Unter allen Faktoren schneiden diese drei Aspekte der Versorgungssicherheit wie auch bereits im Vorjahr am besten ab. Verbesserungen gibt es zudem bei der Höhe der Rohstoffpreise (von 4,0 auf 3,8) sowie der Spritpreise (von 4,2 auf 4,0). Die Spritpreishöhe bildet aus Sicht der befragten Unternehmen das Schlusslicht der Faktorbewertungen.

Besonders relevant ist für die befragten Unternehmen am Wirtschaftsstandort Bayern die Verstärkung samt Ausbau der Leitungskapazitäten (siehe Tabelle 9, Verbesserungen). Dieser Faktor wird nicht nur mit der höchsten Zustimmungquote im Bereich Energie und

Rohstoffe bewertet, sondern hat auch im Vergleich mit den Bewertungen des Vorjahres den höchsten Zuwachs erreicht (Quote gestiegen von 84,3 Prozent auf nun 88,3 Prozent). Mit Ausnahme der Einführung eines Brückenstrompreises sind alle anderen Verbesserungsmaßnahmen des Bereiches Energie und Rohstoffe aus Sicht der Unternehmen in diesem Jahr weniger dringlich als im Vorjahr: Insbesondere gilt dies für den Ausbau der Infrastruktur für eine wasserstoffbasierte Energieversorgung, hier ist die Dringlichkeitsquote von 72,9 Prozent auf 63,9 Prozent in diesem Jahr gesunken. Leichter zurückgegangen sind die jeweiligen Zustimmungsraten für Maßnahmen zum Speicherausbau (von 83,9 Prozent auf 83,1 Prozent), zur Senkung der regulierten Strompreiskomponenten (von 81,8 Prozent auf 81,2 Prozent) sowie zur Diversifizierung der Energieimporte (von 73,9 Prozent auf 73,6 Prozent) und zum Ausbau erneuerbarer Energien (von 72,0 Prozent auf 71,8 Prozent).

Tabelle 9

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Energie und Rohstoffe

Güte ¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Sichere Rohstoffversorgung	2,4	2,2	2,2	2,1	2,2	2,3	2,2	2,1	2,9	3,6	3,0	2,7
Sichere Stromversorgung	2,1	2,0	1,9	1,8	1,9	1,9	2,0	1,8	2,1	2,7	2,6	2,3
Sichere Gasversorgung										3,6	2,9	2,6
Höhe der Rohstoffpreise									4,0	4,6	4,0	3,8
Höhe der Strompreise	–	4,0	3,5	3,4	3,5	3,4	3,6	3,7	3,9	4,4	4,3	3,9
Höhe der Gaspreise										5,0	4,2	3,8
Höhe der Spritpreise										5,0	4,2	4,0
Gesamtbewertung der Güte des Bereichs Energie und Rohstoffe	2,2	2,7	2,6	2,4	2,5	2,6	2,7	2,5	3,2	4,0	3,5	3,3
Verbesserungswünsche ²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten	66,8	77,1	69,3	71,9	70,6	72,6	72,7	73,7	81,4	82,8	84,3	88,3
Vorübergehende Verlängerung der Laufzeiten der im Netz befindlichen Kernkraftwerke	39,3	53,6	44,7	43,7	39,7	42,6	40,8	41,1	45,8	66,5	–	–
Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern auch mit Forschungsförderung	81,1	92,4	83,5	78,2	79,6	79,5	80,8	82,4	85,0	89,3	83,9	83,1

Anpassung der Rahmenbedingungen, um Kosten der Energiewende zu senken	–	73,5	72,1	71,8	77,5	78,0	79,2	80,7	84,3	–	–	–
Regulierte Komponenten bei Strompreisen senken	–	–	–	–	–	–	–	81,3	80,3	80,2	81,8	81,2
Ausbau der Infrastruktur für eine wasserstoffbasierte Energieversorgung	–	–	–	–	–	–	–	–	81,8	84,7	72,9	63,9
Beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	83,1	72,0	71,8
Energieimporte breiter diversifizieren und auf mehrere Handelspartner setzen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	83,5	73,9	73,6
Einführung eines regulierten Brückenstrompreises	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	51,7	53,6

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult

(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

2.6 Verwaltungshandeln

Das von den bayerischen Unternehmen traditionell kritisch beurteilte Verwaltungshandeln bildet auch in der diesjährigen Erhebung wieder das Schlusslicht unter den fünf Themenbereichen. Wie schon in den vorangegangenen beiden Jahren vergeben die Unternehmen erneut die Durchschnittsnote 3,9 (siehe Tabelle 10, Güte).

Dabei gestaltet sich das Bild mit Blick auf die einzelnen Gütefaktoren etwas differenzierter als in den Vorjahren. Einerseits konnten sich die Bedingungen der Zulassungs- und Genehmigungsverfahren aus Sicht der befragten Unternehmen leicht verbessern, was sich in einer Notensteigerung von 3,9 des Jahres 2023 auf 3,7 in diesem Jahr niederschlägt. Andererseits haben sich die anderen zwei Faktoren des Verwaltungshandelns in diesem Zeitraum verschlechtert. Das unbürokratische Verhalten der Verwaltung notiert in diesem Jahr mit der Note 4,0 (Note 3,9 im Vorjahr), der Fortschritt hinsichtlich der Verwaltungsdigitalisierung wird mit der Note 4,0 eingestuft (gegenüber 3,8 im Vorjahr).

Dieses Bewertungsbild des Verwaltungshandelns spiegelt sich auch in den Verbesserungsmaßnahmen wider (siehe Tabelle 10, Verbesserungen). Die höchste Dringlichkeit sehen die befragten Unternehmen in einer stärkeren Vernetzung administrativer Einheiten in den Verwaltungen, hier hat sich die Zustimmungquote im Jahresvergleich zudem von 82,3 Prozent auf 85,3 Prozent erhöht. Ebenfalls höher fallen die Quoten für einen stärkeren Ausbau von E-Government und E-Administration (von 72,5 Prozent auf 75,3 Prozent)

sowie für die Einführung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene (gestiegen von 70,5 Prozent auf 73,8 Prozent) aus. Lediglich Maßnahmen, die die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen für den Fall der Konkurrenz mit effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten einschränken, werden in diesem Jahr mit weniger Dringlichkeit eingestuft. Hier fiel die Zustimmungsquote von 46,4 Prozent auf nun 43,7 Prozent.

Tabelle 10

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Verwaltungshandeln

Güte ¹⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	3,3	3,2	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,5	3,7	3,9	3,9	3,7
Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	3,7	3,7	3,5	3,5	3,5	3,6	3,4	3,5	3,7	3,9	3,9	4,0
Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	–	–	–	–	–	–	–	–	3,7	3,8	3,8	4,0
Gesamtbewertung der Güte des Bereichs Verwaltungshandeln	3,3	3,4	3,5	3,4	3,5	3,5	3,4	3,5	3,7	3,9	3,9	3,9
Verbesserungswünsche ²⁾	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21	'22	'23	'24
E-Government/E-Administration stärker ausbauen	52,5	61,7	63,8	66,8	65,2	67,7	65,4	71,5	72,9	73,5	72,5	75,3
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	74,5	73,3	76,1	78,0	75,8	76,7	78,1	79,3	83,2	80,8	82,3	85,3
Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränken, wenn sie dadurch in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten	–	49,3	50,9	49,6	48,9	46,6	44,5	49,7	46,7	45,7	46,4	43,7
Einführung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene	–	75,6	76,2	73,9	75,9	73,3	71,9	76,8	73,9	70,7	70,5	73,8

¹⁾ Bewertung in Schulnoten.

²⁾ Zustimmungsquote in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult

(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

3 Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Die Standortqualität hat sich in fast allen Bezirken verbessert. Bei den fünf Themenbereichen ergeben sich nur leichte regionale Bewertungsunterschiede.

In den folgenden Abschnitten werden die Ergebnisse der Unternehmensbefragung für die sieben Regierungsbezirke analysiert. Dazu werden die jeweilige Standortqualität, die Loyalität zu Region bzw. Regierungsbezirk sowie die Schwerpunkte hinsichtlich der Verbesserungsmaßnahmen untersucht. Eingang in diese Analysen fanden die Einschätzungen der Unternehmen zu Qualität und Loyalität auf Ebene der Regierungsbezirke.

Die regionalen Unterschiede werden durch eine Betrachtung der nennenswerten Unterschiede zum Vorjahr sowie zum bayerischen Mittelwert ergänzt.

Standortloyalität

Die Loyalität zum gesamten Standort Bayern ist in diesem Jahr auf 91,0 Prozent angestiegen (siehe dazu Kapitel 1.1). Auch die Standortloyalität zur eigenen Region hat aus Sicht der befragten Unternehmen im Durchschnitt zulegen können (siehe Tabelle 11). Nach einem sich über mehrere Jahre hinziehenden abnehmenden Trend liegt die Loyalität zur eigenen Region nun bei 85,6 Prozent und damit deutlich über dem Vorjahreswert (79,8 Prozent). Dies schlägt sich in den Einzelbewertungen nieder, alle Regierungsbezirke haben ihre Loyalitätswerte im Vergleich zum Vorjahr steigern können. Die höchste Loyalität geben die Unternehmen des Regierungsbezirkes Mittelfranken an. Dieser Bezirk hat damit seine Spitzenposition aus dem Vorjahr verteidigen können, der Loyalitätswert hat sich von 86,0 Prozent auf nun 89,8 Prozent verbessert. Dahinter kommt eine Gruppe der Bezirke Schwaben, Niederbayern und Oberbayern. Zwar geben die Unternehmen aus Oberbayern höhere Loyalitätswerte für den Bezirk als im Vorjahr an (84,2 Prozent im Jahre 2023, 86,9 Prozent in diesem Jahr), jedoch haben sich die Loyalitätswerte in Schwaben und Niederbayern im Vergleich noch besser entwickelt. In der Folge belegt Oberbayern in der diesjährigen Loyalitätsrangliste nurmehr Rang vier (nach Rang zwei im Vorjahr). Schwaben konnte sich von Rang 3 auf Rang 2 verbessern, da die Loyalität der Unternehmen zum Regierungsbezirk im Jahresvergleich von 83,0 Prozent auf nun 88,1 Prozent gestiegen ist. Einen noch höheren Zuwachs kann Niederbayern verzeichnen, das sich in diesem Jahr auf Rang 3 wiederfindet, die Standortloyalität beträgt nun 87,1 Prozent (nach 79,4 Prozent im Vorjahr). Den größten Sprung hat Oberfranken gemacht: Hier geben 84,5 Prozent (Vorjahr 71,0 Prozent) der Unternehmen an, sich wieder im Regierungsbezirk ansiedeln zu wollen. Oberfranken belegt nun Platz 5 und hat damit die Position des Schlusslichtes verlassen. Diese wird im diesjährigen Loyalitätsranking vom Regierungsbezirk Oberpfalz eingenommen, obwohl sich die Loyalitätseinstufungen der Unternehmen auch hier im Jahresvergleich verbessert haben (von 77,7 Prozent auf nun 81,3 Prozent). Rang 6 nimmt, wie im Vorjahr, der Bezirk Unterfranken ein, hier beträgt die Loyalität zum Standort 81,7 Prozent (nach 77,6 Prozent im Jahre 2023).

Standortqualität

Auch die Standortqualität in den sieben Regierungsbezirken Bayerns hat sich in diesem Jahr im Durchschnitt wieder verbessern können und damit den rückläufigen Trend des Vorjahres beendet (siehe Tabelle 12). Auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten erreichen die Bezirke nun einen Durchschnittswert von 72,8 Punkten (nach 70,2 Punkten im Vorjahr). Allerdings hat sich die Bewertung gegenüber dem Vorjahr nicht in allen Bezirken verbessert.

Oberbayern weist seit Beginn der Erhebung durchweg die höchsten Werte für Standortqualität unter allen sieben Regierungsbezirken auf. Mit 76,6 Punkten lag der Wert für Oberbayern auch in diesem Jahr wieder am höchsten und weit über dem Durchschnitt. Trotzdem hat sich Oberbayern mit diesem Wert im Vergleich zum Vorjahr (77,2 Punkte) leicht verschlechtert. Verbessern konnte sich dagegen der Bezirk Schwaben, der im Vorjahr auf Platz 3 lag, jetzt aber Platz 2 einnehmen kann. Die Standortqualität ist nach Einschätzung der befragten Unternehmen von 71,2 Punkten auf 75,1 Punkte gestiegen. Ebenfalls durch eine verbesserte Bewertung einen Platz nach vorne gerückt ist Unterfranken, das nach Platz 4 im Vorjahr nun die dritte Position im Qualitätsranking belegt (71,0 Punkte im Vorjahr, nun 74,0 Punkte). Der Regierungsbezirk Mittelfranken weist mit 72,2 Punkten exakt dieselbe Standortqualität wie im Vorjahr auf und fällt damit aufgrund der Zugewinne in Schwaben und Unterfranken von Platz 2 auf Platz 4. Den größten Zuwachs in diesem Jahr kann – analog zu den bereits beschriebenen Tendenzen bezüglich der Standortloyalität – der Bezirk Oberfranken verzeichnen. Hier hat sich die Standortqualität aus Sicht der Unternehmen deutlich von 63,9 Punkten im Vorjahr auf jetzt 71,5 Punkte verbessert. Damit kann Oberfranken vom letzten auf den fünften Platz im Qualitätsranking vorrücken und hat die Plätze mit der Oberpfalz getauscht. Die Oberpfalz bildet nun das Schlusslicht der sieben Bezirke, trotz einer leichten Verbesserung der Standortqualität von 69,0 Punkten auf jetzt 69,9 Punkte. Wie bereits im letzten Jahr findet sich Niederbayern auf Rang 6 wieder, obgleich sich die Standortqualität aus Sicht der Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr von 67,4 Punkten auf jetzt 70,3 Punkte recht deutlich gesteigert hat.

Tabelle 11

Bewertung der Standortloyalität zum jeweiligen Regierungsbezirk

Regierungsbezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Schwaben	88,2	85,3	82,5	86,9	89,7	92,7	82,4	89,2	82,1	80,0	83,0	88,1
Mittelfranken	89,7	86,7	83,2	86,3	88,6	89,0	88,8	88,3	89,8	81,0	86,0	89,8
Unterfranken	88,8	83,1	83,2	79,3	81,0	80,7	87,6	85,0	84,0	79,2	77,6	81,7
Oberpfalz	85,7	83,6	79,0	80,6	84,8	83,4	82,6	83,9	77,6	83,0	77,7	81,3
Oberbayern	95,4	88,7	84,6	87,7	86,2	86,6	86,6	82,4	80,5	86,1	84,2	86,9
Niederbayern	84,1	77,8	76,5	78,6	82,2	79,0	79,4	81,5	84,4	78,0	79,4	87,1

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Oberfranken	79,8	71,8	65,1	75,0	73,4	81,1	81,0	80,7	77,3	76,8	71,0	84,5
Durchschnitt	87,3	82,5	79,2	82,0	83,5	84,6	84,2	84,4	82,3	80,6	79,8	85,6

Angaben in Prozent.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult

(2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

Tabelle 12

Bewertung der Standortqualität im jeweiligen Regierungsbezirk

Regierungsbezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Oberbayern	78,7	78,1	80,8	79,3	80,3	78,7	80,4	79,1	78,5	80,6	77,2	76,6
Schwaben	74,4	75,2	76,8	73,8	75,9	76,6	78,4	79,0	76,0	76,2	71,2	75,1
Mittelfranken	73,1	73,2	73,1	74,1	75,5	72,5	76,9	75,1	76,7	73,8	72,2	72,2
Niederbayern	68,2	68,4	67,7	67,7	70,9	72,6	74,2	74,6	73,0	72,6	67,4	70,3
Unterfranken	68,7	69,5	67,8	68,2	70,5	74,7	78,7	74,3	75,3	74,7	71,0	74,0
Oberpfalz	68,4	69,5	72,0	71,1	70,9	73,2	73,0	73,5	73,3	75,5	69,0	69,9
Oberfranken	65,7	62,9	63,0	65,5	67,8	69,1	71,8	72,7	69,6	67,7	63,9	71,5
Durchschnitt	71,0	71,0	71,6	71,4	73,0	73,9	76,2	75,5	74,8	74,5	70,2	72,8

Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult

(2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016, 2015, 2014, 2013)

3.1 Besonderheiten der Regierungsbezirke

Die sieben Regierungsbezirke in Bayern sind durch regionale wirtschaftliche Strukturunterschiede gekennzeichnet, die sich sowohl innerhalb als auch zwischen den Bezirken bemerkbar machen und die jeweiligen Einschätzungen der Standortfaktoren beeinflussen. Ist eine Region eher durch eine industrielle Wirtschaftsstruktur geprägt, werden andere Bedarfe vorliegen als in Regionen mit vorwiegend kleineren Dienstleistungsbetrieben. Ebenso unterscheiden sich die spezifischen Bedarfe der Stadt- und Metropolregionen von den Bedarfen in ländlichen Regionen. Zur Ableitung möglichst effektiver Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der jeweiligen Standortfaktoren müssen diese Strukturunterschiede grundsätzlich berücksichtigt werden.

Allerdings fällt bei Betrachtung der Ergebnisse der diesjährigen Befragung auf, dass sich lediglich vergleichsweise geringe Bewertungsdifferenzen zwischen den Regierungsbezirken






Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

hinsichtlich der fünf zentralen Themenbereiche ergeben (siehe Abbildung 3). Insgesamt ist die Spannweite der Einschätzungen also gering, es zeigt sich ein über die Regierungsbezirke recht homogenes Bewertungsbild hinsichtlich aller Themenbereiche.

So werden die Standortfaktoren aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld in Oberbayern, Oberfranken und Unterfranken jeweils mit der Schulnote 3,7 bewertet. In Niederbayern und der Oberpfalz fällt die Bewertung mit jeweils 3,8 schlechter aus, in Mittelfranken und Schwaben vergeben die Unternehmen sogar nur die Note 3,9 für diesen Themenbereich. Insgesamt ergibt sich eine recht schlechte Bewertung dieses Themenbereiches über alle Bezirke. Ähnlich homogen, aber auf einem deutlich besseren Notenniveau, ist die Bewertung im Themenbereich der Allgemeinen Infrastruktur. Hier variieren die Noten von 2,9 (in den Regierungsbezirken Niederbayern und Schwaben) über 3,0 (in der Oberpfalz, Oberfranken und Unterfranken) bis zu 3,1 (Mittelfranken). Dieses Bild setzt sich auch für das Innovationsumfeld fort, hier erstreckt sich die Notenspannweite von 2,7 (Oberfranken) bis 2,9 (Niederbayern und Schwaben). Auch bezüglich des Themenbereiches Energie und Rohstoffe weisen die Bewertungen eine deutlich geringere Varianz auf als im Vorjahr, hier bewegen sich die Bewertungen zwischen der Note 3,2 (Niederbayern und Oberfranken) und der Note 3,4 (Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben). Die geringste Varianz zwischen den sieben Regierungsbezirken besteht bezüglich des Verwaltungshandeln, hier wird – mit Ausnahme von Mittelfranken (Note 4,0) – durchweg die Note 3,9 vergeben.

Abbildung 3

Bewertung der Themenbereiche nach Regierungsbezirken

	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
 Humankapital und Arbeitsumfeld	3,7	3,8	3,8	3,7	3,9	3,7	3,9
 Allgemeine Infrastruktur	3,0	2,9	3,0	3,0	3,1	3,0	2,9
 Innovationsumfeld	2,8	2,9	2,8	2,7	2,8	2,8	2,9
 Energie und Rohstoffe	3,4	3,2	3,3	3,2	3,4	3,3	3,4
 Verwaltungshandeln	3,9	3,9	3,9	3,9	4,0	3,9	3,9

Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2024)

In den folgenden Abschnitten werden nennenswerte Abweichungen hinsichtlich der Standortbewertungen sowie bezüglich der Verbesserungsmaßnahmen in den Regierungsbezirken von den Vorjahreswerten sowie den bayerischen Durchschnittswerten analysiert. Höhere Zustimmungswerte zu Verbesserungsmaßnahmen in einer Region im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt werden dabei als regional größerer Handlungsbedarf interpretiert. Abweichungen nach unten weisen zwar auf einen regional weniger dringlichen Handlungsbedarf hin. Ist die Zustimmung aber trotzdem absolut gesehen hoch, ist trotz relativer Abweichung nach unten dennoch Handlungsbedarf angezeigt.

In den folgenden Abschnitten werden jeweils die Besonderheiten in den einzelnen Regierungsbezirken näher untersucht. Die Analyse erfolgt in drei Schritten:

1. In einem ersten Schritt wird die Bewertung der allgemeinen Standortqualität und -loyalität zur Region sowie die Beurteilung der Güte der Standortfaktoren in den fünf Themenfeldern näher betrachtet. Hierbei liegt der Fokus jeweils auf der Identifizierung der best- und schlechtestbewerteten Standortfaktoren, besonders augenfälliger zeitlicher Entwicklungen sowie interessanter Abweichungen der regionalen Einschätzungen vom bayerischen Mittelwert.
2. In einem zweiten Schritt werden die Bewertungen der Standortfaktoren detailliert betrachtet. Hierzu werden pro Regierungsbezirk zunächst die best- und schlechtestbewerteten Standortfaktoren identifiziert, es folgt der zeitliche Vergleich mit den Ergebnissen der jeweiligen Regierungsbezirke aus dem Vorjahr und der räumliche Vergleich mit den aktuellen Abweichungen zum bayerischen Mittelwert.
3. Im dritten Schritt werden die vorgeschlagenen Verbesserungsmaßnahmen analog zu den Bewertungen der Standortfaktoren zunächst isoliert und anschließend im zeitlichen und räumlichen Vergleich betrachtet.

3.2 Oberbayern

Oberbayern prägt mit seiner Metropolregion München maßgeblich das wirtschaftliche Geschehen in Bayern. Der Regierungsbezirk erzielt trotz eines Rückganges im Vergleich zum Vorjahr auch in diesem Jahr wieder die Spitzenposition in Bezug auf die Standortqualität. Hinsichtlich der Loyalität der Unternehmen verliert Oberbayern im Vergleich zu anderen Regionen, die stärker zulegen konnten, aber an Boden.

3.2.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

- Die Standortqualität im Regierungsbezirk Oberbayern fällt auch in diesem Jahr wieder vergleichsweise hoch aus. Mit 76,6 Punkten belegt Oberbayern erneut den Spitzenplatz unter den sieben Regierungsbezirken und übertrifft den bayerischen Durchschnitt (72,8 Punkte) deutlich. Allerdings ist dieser Wert – wie bereits im Vorjahr und als einzigem aller Bezirke – gesunken und liegt nur noch leicht über der Standortqualität von Schwaben (75,1 Punkte).

Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

- Die Standortloyalität ist zwar gestiegen und beträgt nun 86,9 Prozent (Vorjahr 84,2 Prozent). Jedoch konnten andere Regierungsbezirke noch mehr zulegen, so dass sich Oberbayern nurmehr auf Rang 3 aller Bezirke wiederfindet und den bayerischen Mittelwert (85,6 Punkte) nur noch leicht übertrifft. Damit hat Oberbayern in zwei Jahren zwei Positionen einbüßen müssen.
- Die Gesamtentwicklung der Standortqualität im Regierungsbezirk schlägt sich auch in der Bewertung der Standortfaktoren nieder. Lag der Bezirk noch vor einem Jahr über alle betrachteten Bereiche hinweg über dem bayerischen Durchschnitt, so gilt dies jetzt nur noch für den Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld. Hier erzielt Oberbayern eine Durchschnittsnote von 3,7, Bayern insgesamt kommt auf eine 3,8. Für die Themenbereiche Innovationsumfeld (Note 2,8), Allgemeine Infrastruktur (Note 3,0) sowie Verwaltungshandeln (Note 3,9) vergeben die Unternehmen in Oberbayern dieselben Durchschnittsnoten wie in Bayern insgesamt. Leicht unterdurchschnittlich schneidet der Regierungsbezirk bezüglich der Standortfaktoren im Bereich Energie und Rohstoffe ab (Note 3,4 gegenüber 3,3 in Bayern).

Tabelle 13

Ergebnisse für Oberbayern

	Oberbayern	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität ¹	86,9	85,6
Standortqualität ²	76,6	72,8
Humankapital und Arbeitsumfeld³	3,7	3,8
Innovationsumfeld³	2,8	2,8
Energie und Rohstoffe³	3,4	3,3
Allgemeine Infrastruktur³	3,0	3,0
Verwaltungshandeln³	3,9	3,9

¹⁾ Zustimmungquote in Prozent.

²⁾ Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

³⁾ Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2023)

3.2.2 Standortfaktoren

Die Unternehmen in Oberbayern vergeben die besten Bewertungen für die Standortfaktoren einer sicheren Stromversorgung sowie die Güte der Luftverkehrsinfrastruktur (jeweils

Note 2,5). Ebenfalls gut schneiden die Güte der Bildungsinfrastruktur, der Zugang zu Technologien sowie die allgemeine Technikfreundlichkeit, verbunden mit einem positiven Innovationsklima ab (alle Note 2,6). Damit schneiden vor allem Faktoren aus den Bereichen Allgemeine Infrastruktur sowie Innovationsumfeld im Regierungsbezirk gut ab.

Hingegen erhält der bürokratische Aufwand (Note 4,6) die mit Abstand schlechteste Bewertung aller Standortfaktoren in Oberbayern. Ebenfalls schlecht bewertet werden Faktoren aus dem Bereich Energie und Rohstoffe – nämlich die Höhe der Strompreise und der Spritpreise – sowie mit dem bürokratischen Aufwand und der Flexibilität des Arbeitsrechts Faktoren aus dem Bereich Humankapital (alle Note 4,0).

Abweichungen zum Vorjahr

Der Vorjahresvergleich der Unternehmensantworten aus Oberbayern zeigt, dass von den 28 in beiden Jahren erhobenen Standortfaktoren in der aktuellen Befragung 14 besser bewertet wurden als im Jahr 2023. Zwölf Faktoren schnitten schlechter ab, bei zwei Faktoren änderte sich die Bewertung im Jahresvergleich nicht.

Nach Einschätzung der befragten Unternehmen aus Oberbayern hat sich insbesondere die Güte der soziokulturellen Infrastruktur verbessern können. Hier lag die Note im letzten Jahr noch bei 3,3, während sie nun auf 2,7 klettern konnte. Deutlich besser schneiden auch die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte (Note 3,6, im Vorjahr 3,9) und die proaktive Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen durch staatliche Aktivitäten (z.B. Aufbau von Netzwerken, Reallaboren oder Forschungsclustern mit thematischem Schwerpunkt) ab, hier vergaben die Unternehmen des Regierungsbezirkes in diesem Jahr die Note 2,8 (Vorjahr 3,0).

Deutlich nachgelassen hat nach Unternehmenseinschätzung allerdings die Güte der digitalen Infrastruktur (von der Vorjahresnote 2,2 auf nun 3,2 gefallen). Ebenfalls klar verschlechtert haben sich mit der Güte der Gewerbe- und Industrieflächen (Note 2,8, im Vorjahr 2,3) und der Güte des Schienenverkehrs (von 3,5 auf nun 3,9 gefallen) zwei weitere Faktoren aus dem Themenbereich Allgemeine Infrastruktur.

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Während Oberbayern im letzten Jahr noch in fast allen untersuchten Standortfaktoren besser abschnitt als die Gesamtheit der bayerischen Regierungsbezirke, hat sich das Bild in diesem Jahr etwas angeglichen. Von den 29 untersuchten Faktoren vergeben die Unternehmen in Oberbayern bei elf Aspekten eine gegenüber dem Landesdurchschnitt bessere Note, in sieben Fällen liegt die Bewertung des Regierungsbezirkes nun jedoch unter dem Landesdurchschnitt.

Insbesondere bewerten die Unternehmen in Oberbayern die proaktive Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungs-/Innovationsnetzwerken als besser im Vergleich zum bayerischen Mittelwert (Note 2,8 in Oberbayern, Note 3,0 in Bayern). Auch schneiden vor allem die Verfügbarkeit von Absolventen der MINT-Studiengänge (Note 3,4 in Oberbayern, Note 3,6 im Land) sowie die Güte der Luftverkehrsinfrastruktur (Note 2,5 in Oberbayern,

Note 2,6 in Bayern) in Oberbayern etwas besser als in der Gesamtheit der bayerischen Regierungsbezirke ab.

Zu den im Regierungsbezirk schlechter bewerteten Standortfaktoren zählen vor allem infrastrukturelle Aspekte, insbesondere die Sicherheit der Stromversorgung (Note 2,5 in Oberbayern, Note 2,3 im Land), die Güte der Schieneninfrastruktur (Note 3,9 gegenüber 3,7) sowie die Sicherheit der Gasversorgung (Note 2,7 gegenüber 2,6).

3.2.3 Verbesserungsmaßnahmen

Die Unternehmen aus Oberbayern nennen konkrete Verbesserungsmaßnahmen zur Steigerung der Standortqualität in ihrem Regierungsbezirk. Insgesamt wurden in der aktuellen Befragung – wie im Vorjahr – 40 Maßnahmen bewertet, die sich in ihrer Bedeutung teils deutlich unterscheiden. Mit über 90 Prozent Zustimmung eingestuft wurden Maßnahmen zum Ausbau der Leitungskapazitäten (z.B. Energietransportleitungen; Zustimmungsquote 91,0 Prozent), zur Erleichterung von Antragsverfahren im Rahmen von Innovationsvorhaben (Quote 90,6 Prozent), zur Fortführung der Breitbandinitiative sowie zur Sicherung wohnortnaher Kitas und Schulen (jeweils 90,1 Prozent). Damit liegt der Schwerpunkt hier auf dem Themenbereich Allgemeine Infrastruktur, aus Sicht der befragten Unternehmen besteht hier ein hoher Handlungsdruck zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Region.

Abweichungen zum Vorjahr

Der Jahresvergleich der Unternehmensantworten aus Oberbayern zeigt, dass die untersuchten Verbesserungsmaßnahmen im Mittel an Bedeutung wieder gewonnen haben. Von den 37 bereits im Vorjahr erhobenen Maßnahmen weisen 24 eine höhere Bedeutung auf als im Jahr 2023, bei zwölf Maßnahmen lässt sich ein Rückgang der Zustimmungsquote festmachen.

Aus Sicht der Unternehmen in Oberbayern hat sich der Handlungsdruck vornehmlich im Bereich der Allgemeinen Infrastruktur verstärkt. So gehören die Verbesserung der Lebenssituation im öffentlichen Raum (Quote von 61,3 Prozent auf nun 79,0 Prozent gestiegen), die Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen (vorjährige Quote 70,5 Prozent, jetzt 86,1 Prozent) und Kitas (77,9 Prozent im Jahr 2023, nun 90,1 Prozent) zu denjenigen Aspekten, die im Vergleich zum Vorjahr besonders an Zustimmung zugelegt haben. Zurückgegangen im Vergleich zum Vorjahr ist die Relevanz von Maßnahmen, die auf den Ausbau der Infrastruktur für eine wasserstoffbasierte Infrastruktur (Quote 65,3 Prozent nach 75,0 Prozent im Vorjahr), einen erleichterten Zugang zu innovationsförderlichen Finanzierungsoptionen (Quote von 78,5 Prozent im Vorjahr zurückgegangen auf nun 70,8 Prozent) sowie die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen (Quote 51,6 Prozent auf nun 45,0 Prozent) ausgerichtet sind.

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Hinsichtlich 20 der insgesamt 40 untersuchten Verbesserungsmaßnahmen attestieren die befragten Unternehmen aus Oberbayern einen höheren Handlungsbedarf im

Regierungsbezirk als über alle sieben Bezirke des Freistaates, 19 werden dagegen als weniger bedeutsam eingestuft.

Deutlich relevanter ist für die Unternehmen aus Oberbayern ein zielgerichteter Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung, hier liegt die Zustimmungsquote mit 67,0 Prozent am deutlichsten oberhalb des bayerischen Mittelwertes (Quote 59,2 Prozent). Ebenso stufen die Unternehmen des Regierungsbezirkes Maßnahmen als wichtiger ein, die zum Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien beitragen (Quote 73,3 Prozent gegenüber 68,4 Prozent über alle sieben Bezirke). Auch die Zustimmung zu Verbesserungen hinsichtlich der Diversifizierung der Energieimporte (Quote 77,8 Prozent in Oberbayern, Zustimmung 73,6 Prozent im Land) übersteigt im Bezirk Oberbayern den bayerischen Mittelwert.

Deutlich weniger relevant als über alle sieben Bezirke hinweg schätzen die Unternehmen in Oberbayern vor allem die Transparenzerhöhung und Zugangserleichterung zu Fördermöglichkeiten der beruflichen Weiterbildung ein, hier liegt die Zustimmung im Regierungsbezirk bei 60,4 Prozent (gegenüber 68,2 Prozent im Land). Dies gilt auch für den erleichterten Zugang zu innovationsförderlichen Finanzierungsoptionen (Zustimmung 70,8 Prozent im Regierungsbezirk, 77,5 Prozent im Land) sowie die verbesserte Unterstützung von Jugendlichen im Rahmen ihrer Ausbildung (Quote 75,2 Prozent in Oberbayern, Zustimmung 80,2 Prozent über alle sieben Regierungsbezirke).

3.3 Niederbayern

Niederbayern ist - als einer der sowohl nach Fläche als auch Einwohnerzahl kleineren Regierungsbezirke Bayerns – trotz der ländlichen Struktur stark industriell geprägt, eine wichtige Rolle kommt insbesondere der Automobilindustrie sowie den angegliederten Zulieferbranchen zu. Die Standortqualität hat aus Sicht der Unternehmen zugelegt, dies wird mit einem deutlichen Anstieg der Loyalität zum Standort belohnt.

3.3.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

- Die Standortqualität im Regierungsbezirk Niederbayern ist im Vergleich zum letzten Jahr angestiegen und beträgt nun 70,3 Punkte (67,4 Punkte im Vorjahr). Damit fällt dieser Wert zwar unterdurchschnittlich (Mittelwert für Bayern 72,8 Punkte) aus, allerdings ist der Zuwachs (plus 2,9 Punkte) etwas höher als im Mittel über alle Regierungsbezirke (plus 2,6 Punkte).
- Die Standortloyalität hat sich deutlich verbessert. Der Vorjahreswert von 79,4 Prozent wird nun um 7,7 Punkte übertroffen, in diesem Jahr beträgt die Loyalität der Unternehmen aus Niederbayern 87,1 Punkte und liegt über dem Mittelwert Bayerns (85,6 Punkte). Dies entspricht dem zweithöchsten Zuwachs aller sieben Bezirke. Niederbayern klettert damit auf Rang 3 und hat seine Position im zweiten Jahr in Folge verbessern können.

- In keinem der fünf zentralen Themenbereiche schneidet Niederbayern schlechter ab als der bayerische Durchschnitt. Die Standortfaktoren der Bereiche Allgemeine Infrastruktur (Note 2,9 gegenüber 3,0 in Bayern) sowie Energie und Rohstoffe (Note 3,2 gegenüber 3,3 in Bayern) werden von den Unternehmen in Niederbayern sogar leicht besser bewertet als in Bayern insgesamt. In den drei übrigen Themenbereichen liegt Niederbayern genau im bayerischen Mittel. Am besten schneidet daher auch hier das Innovationsumfeld (Note 2,8) ab.

Tabelle 14

Ergebnisse für Niederbayern

	Niederbayern	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität ¹	87,1	85,6
Standortqualität ²	70,3	72,8
Humankapital und Arbeitsumfeld³	3,8	3,8
Innovationsumfeld³	2,8	2,8
Energie und Rohstoffe³	3,2	3,3
Allgemeine Infrastruktur³	2,9	3,0
Verwaltungshandeln³	3,9	3,9

¹⁾ Zustimmungquote in Prozent.

²⁾ Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

³⁾ Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2023)

3.3.2 Standortfaktoren

Aus Sicht der niederbayerischen Unternehmen zeichnet sich der Regierungsbezirk Niederbayern insbesondere durch eine sichere Stromversorgung (Note 2,2) und Gasversorgung (Note 2,4) sowie die Qualität der Bildungsinfrastruktur (Note 2,5) und die Güte der soziokulturellen Infrastruktur aus. Damit werden zwei Faktoren aus dem Themenbereich Allgemeine Infrastruktur im Vergleich besonders hoch bewertet.

Am anderen Ende der Bewertungsskala befinden sich indes zwei Faktoren aus dem Bereich Humankapital. Am schlechtesten stufen die befragten Unternehmen des Regierungsbezirkes den bürokratischen Aufwand im Personalwesen ein (Note 4,7), auch die Flexibilität des Arbeitsrechtes erhält mit der Note 4,3 eine schlechte Bewertung. Schlecht bewertet wird zudem das als zu bürokratisch empfundene Verhalten öffentlicher Stellen (Note 4,1).

Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen haben sich 16 der 28 in beiden Jahren erhobenen Standortfaktoren verbessert, acht werden in diesem Jahr schlechter eingestuft.

Verbessern konnten sich aus Sicht der befragten Unternehmen des Regierungsbezirkes Standortfaktoren aus drei Bereichen. Den größten Sprung hat die Güte der soziokulturellen Infrastruktur aus dem Themenbereich Allgemeine Infrastruktur gemacht, hier stieg die Note von 3,5 im letzten Jahr auf nun 2,6 an. Ähnlich stark verbessert hat sich die Einstufung der Gaspreishöhe (Note 3,7 nach 4,2 im Vorjahr) und die Sicherheit der Gasversorgung (von 3,1 im Jahr 2023 auf nun 2,4) aus dem Bereich Energie und Rohstoffe. Auch die Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte hat sich nach Einschätzung der Unternehmen im Regierungsbezirk Niederbayern im Vergleich mit dem Vorjahr recht deutlich verbessern können (nach Note 4,2 im Vorjahr nun 3,8).

Deutlich verschlechtert hat sich dagegen die Güte der digitalen Infrastruktur. Sie wird in diesem Jahr nur noch mit der Note 3,1 eingestuft (nach 2,6 im Vorjahr). In ähnlichem Maße nachgelassen hat aus Sicht der Unternehmen die Digitalisierung der Verwaltung (von vorjährig 3,7 auf nun 4,0 gefallen) sowie die Flexibilität des Arbeitsrechtes (von 4,0 auf 4,3 in diesem Jahr gefallen).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Im Vergleich mit der Gesamtheit der bayerischen Regierungsbezirke schneidet Niederbayern insbesondere bezüglich zweier Faktoren aus dem Themenbereich Allgemeine Infrastruktur besser ab. So bewerten die Unternehmen des Regierungsbezirkes die Güte der Bildungsinfrastruktur mit der durchschnittlichen Note 2,5 (gegenüber 2,7 über alle sieben Regierungsbezirke). Auch die digitale Infrastruktur schneidet in Niederbayern besser ab als im Mittel aller Bezirke (Note 3,1 im Bezirk, Note 3,3 im Freistaat). Die Sicherheit der Gasversorgung benoten die befragten Unternehmen in Niederbayern mit der Note 2,4 – und damit besser als im bayernweiten Schnitt, der bei der Note 2,6 liegt.

Zwei der drei Standortfaktoren, die in Niederbayern hingegen schlechter als über alle Regierungsbezirke Bayerns eingestuft werden, gehören zum Themenbereich Humankapital. So vergeben die Unternehmen für die Flexibilität des Arbeitsrechtes die durchschnittliche Note 4,3 (in Bayern insgesamt 4,1), die Arbeitskosten werden in Niederbayern mit der Note 3,8 bewertet (in Bayern insgesamt mit der Note 3,7). Auch die Mobilfunkinfrastruktur schneidet im Regierungsbezirk schlechter ab als im gesamten Freistaat (Note 3,3 in Niederbayern, Note 3,2 in Bayern).

3.3.3 Verbesserungsmaßnahmen

Auch in Niederbayern wurden die Unternehmen nach der Bedeutung der 40 konkreten Verbesserungsmaßnahmen befragt, die zur Güteerhöhung der Standortfaktoren beitragen sollen. Besonders hohe Zustimmung erhalten drei Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Allgemeinen Infrastruktur abzielen. So erhält die Sicherung wohnortnaher Kitas eine Zustimmungsquote von 95,7 Prozent, die Sicherstellung einer flächendeckenden

Gesundheitsversorgung eine Zustimmung von 93,5 Prozent und die Fortführung der Breitbandinitiative eine Quote von 91,4 Prozent.

Am anderen Ende der Einstufung finden sich – mit weitem Abstand – diejenigen Maßnahmen, die auf die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen einwirken (Quote 41,8 Prozent).

Abweichungen zum Vorjahr

29 der 37 in beiden Jahren erhobenen Verbesserungsmaßnahmen werden in der aktuellen Befragung mit einer höheren Dringlichkeit gegenüber dem Vorjahr eingestuft, bei acht Faktoren hat die Zustimmungsquote nachgelassen. Vor allem ist aus Sicht der Unternehmen aus Niederbayern die Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum dringlich (Quote 71,2 Prozent im Vorjahr, nun 87,9 Prozent). Auch solche Maßnahmen, die den Ausbau von E-Government und E-Verwaltung zum Ziel haben, werden mit einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Relevanz eingestuft (Quote 64,5 Prozent im Jahr 2023, nun 81,1 Prozent). Schließlich sehen die Unternehmen dringenden Bedarf, die Flexibilität des Arbeitszeitrechts zu erhöhen, hier stieg binnen Jahresfrist die Zustimmung von 64,9 Prozent auf nun 79,1 Prozent.

Besonders stark gefallen ist aus Sicht der befragten Unternehmen aus Niederbayern dagegen die Bedeutung von Maßnahmen, die zum Ausbau der Infrastruktur einer wasserstoffbasierten Energieversorgung beitragen (von 74,5 Prozent im Vorjahr auf jetzt 84,9 Prozent). Ebenso deutlich an Relevanz eingebüßt hat daneben die Entwicklung, der Aus- und Aufbau von Speichern (Quote 83,7 Prozent nach 89,5 Prozent im Vorjahr), und damit ein weiteres Maßnahmenbündel aus dem Bereich Energie und Rohstoffe. Die verstärkte öffentliche Förderung gesellschaftlicher relevanter Innovationsfelder halten nur 71,4 Prozent (nach 75,2 Prozent im Vorjahr) der befragten Unternehmen im Regierungsbezirk Niederbayern für relevant.

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Im Vergleich zur Gesamtheit aller bayerischen Unternehmen misst man in Niederbayern 34 der erhobenen 40 Maßnahmen zur Verbesserung der Standortfaktoren eine höhere Relevanz zu, sechs Maßnahmen werden als weniger dringlich eingeschätzt. Insbesondere werden zwei Maßnahmen aus dem Themenbereich Humankapital als relevanter erachtet. So ist den Unternehmen aus Niederbayern wichtiger, dass das Beratungsangebot für eine zielgerichtete Innovationsförderung verbessert wird (Quote 80,0 Prozent gegenüber 70,8 Prozent in Bayern). Eine höhere Bedeutung kommt auch dem Ausbau von innovationsförderlichen Finanzierungsoptionen zu, hier bewerten die Unternehmen im Regierungsbezirk darauf ausgerichtete Maßnahmen mit einer Zustimmung von 85,7 Prozent (gegenüber 77,5 Prozent über alle sieben Regierungsbezirke). Der höchste Unterschied hinsichtlich der von den Unternehmen wahrgenommenen Relevanz besteht hinsichtlich der notwendigen Flexibilitätserhöhung des Arbeitsrechtes, hier beträgt die Zustimmungsquote 84,4 Prozent in Niederbayern gegenüber 75,1 Prozent im Freistaat.

Am deutlichsten unter dem Schnitt aller Unternehmen des Landes schätzen die Unternehmen aus Niederbayern die Bedeutung von Maßnahmen zum Ausbau einer

wasserstoffbasierten Infrastruktur ein, auf derartige Verbesserungen entfällt im Land eine Zustimmung von 63,9 Prozent (in Niederbayern nur 54,9 Prozent). Außerdem werden zwei Maßnahmen aus dem Themenbereich Allgemeine Infrastruktur von den Unternehmen in Niederbayern als deutlich weniger relevant eingestuft. So entfällt auf die Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen eine Zustimmung von 81,3 Prozent und damit weniger als über alle sieben bayerischen Regierungsbezirke hinweg (Quote 85,3 Prozent), der Ausbau der soziokulturellen Infrastruktur ist mit 58,1 Prozent in Niederbayern ebenfalls weniger bedeutsam als über das gesamte Land (61,2 Prozent).

3.4 Oberpfalz

Die Oberpfalz ist stark ländlich geprägt und weist die geringste Bevölkerungsdichte aller Regierungsbezirke in Bayern auf. Industrielle Strukturen sind insbesondere im Großraum Regensburg vorhanden. Trotz leichter Verbesserungen sowohl hinsichtlich der Standortqualität als auch der Loyalität der ansässigen Unternehmen fällt der Regierungsbezirk in beiden Rankings auf den letzten Platz.

3.4.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

- Die Standortqualität in der Oberpfalz beträgt in diesem Jahr 69,9 Punkte und liegt trotz einer leichten Verbesserung (69,0 Punkte im Vorjahr) deutlich unter dem bayerischen Mittelwert (72,8 Punkte). Die unterdurchschnittliche Verbesserung führt dazu, dass der Bezirk im Vergleich zu den anderen Regionen von Platz fünf im Vorjahr auf den letzten Platz zurückgefallen ist.
- Auch die Standortloyalität der Oberpfalz hat sich verbessert. Mit 81,3 Prozent (im Vorjahr 77,7 Prozent) liegt sie jedoch deutlich unter dem Mittelwert in Bayern (85,6 Prozent). Zudem haben andere Regionen im Vergleich mit dem Vorjahr noch stärker zulegen können (plus 5,8 Prozent im bayerischen Mittel), so dass der Bezirk auch hier um zwei Plätze auf Rang 7 abrutscht.
- In allen fünf Themenbereichen entspricht die Bewertung der Standortfaktoren durch die Unternehmen des Bezirkes Oberpfalz genau dem bayerischen Mittelwert. Am besten schneidet das Innovationsumfeld ab (Note 2,8), am schlechtesten das Verwaltungshandeln (Note 3,9).

Tabelle 15

Ergebnisse für die Oberpfalz

	Oberpfalz	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität ¹	81,3	85,6
Standortqualität ²	69,9	72,8
Humankapital und Arbeitsumfeld³	3,8	3,8
Innovationsumfeld³	2,8	2,8
Energie und Rohstoffe³	3,3	3,3
Allgemeine Infrastruktur³	3,0	3,0
Verwaltungshandeln³	3,9	3,9

¹⁾ Zustimmungquote in Prozent.

²⁾ Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

³⁾ Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2023)

3.4.2 Standortfaktoren

Jeweils zwei der vier im Regierungsbezirk bestbewerteten Standortfaktoren stammen aus dem Themenbereich Innovationsumfeld sowie aus dem Bereich Energie und Rohstoffe. So erhält die Sicherheit der Stromversorgung von den befragten Unternehmen des Regierungsbezirkes die durchschnittliche Note 2,4, die Sicherheit der Gasversorgung die Note 2,6. Ebenfalls mit der Schulnote 2,6 eingestuft werden der Zugang zu Technologien sowie die Technikfreundlichkeit am Standort. Auch die Güte der Straßeninfrastruktur wird mit der Note 2,6 bewertet.

Im Gegensatz dazu sind vergleichsweise viele der am schlechtesten bewerteten Standortfaktoren im Themenbereich Humankapital verortet. Das Schlusslicht unter allen Faktoren bildet der bürokratische Aufwand im Personalwesen, der mit der Note 4,6 bewertet wird. Die Flexibilität des Arbeitsrechts sowie die Verfügbarkeit von Arbeitskräften stufen die Unternehmen mit der Note 4,0 ein. Dieselbe Note vergeben sie darüber hinaus für das unbürokratische Verhalten öffentlicher Stellen sowie die Höhe der Strompreise.

Abweichungen zum Vorjahr

Im zeitlichen Vergleich haben sich 21 der bereits im Vorjahr erhobenen 28 Standortfaktoren aus Sicht der Unternehmen im Regierungsbezirk Oberpfalz verbessern können, vier haben sich verschlechtert, drei Faktoren sind unverändert geblieben.

Deutlich verbessern konnten sich insbesondere Faktoren aus dem Bereich Energie und Rohstoffe. So wurden die Höhe der Strompreise (Note 4,0 nach 4,6 im Vorjahr), die Höhe der Gaspreise (Note 3,7 nach 4,2 im Jahr 2023) und die Höhe der Rohstoffpreise (Note 3,8 nach 4,3 im Vorjahr) mit besseren Noten bedacht als im Vorjahr.

Verschlechtert hat sich aus Sicht der Befragten dagegen vor allem die Güte der digitalen Infrastruktur in der Oberpfalz, die in diesem Jahr nur noch mit der Note 3,3 (nach 2,9 im Vorjahr) bewertet wird. Zurückgegangen sind daneben vor allem die Bewertungen für Standortfaktoren aus dem Bereich Humankapitel. So wird die Verfügbarkeit von MINT-Absolventen nurmehr mit der Note 3,7 bewertet (Note 3,4 im Vorjahr), der bürokratische Aufwand im Personalwesen mit der Note 4,6 (nach 4,5 im Vorjahr) und die Flexibilität des Arbeitsrechts mit der Note 4,0 (Vorjahr 3,9).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Die Unternehmen aus der Oberpfalz stufen ihren Regierungsbezirk in neun der 29 in diesem Jahr erhobenen Standortfaktoren gegenüber der Gesamtheit aller Regierungsbezirke als besser ein, zehn Faktoren werden gleichbewertet, zehn werden schlechter eingeschätzt.

Etwas besser als in Bayern insgesamt bewerten die Unternehmen der Oberpfalz insbesondere die Existenz von Innovationsnetzwerken (Note 2,7 in der Region, Note 2,8 im Land), die Arbeitskosten (Note 3,6 in der Oberpfalz, Note 3,7 im Land) sowie den Digitalisierungsfortschritt in der Verwaltung (Note 3,9 gegenüber Note 4,0 im Land).

Vergleichsweise unzufriedener sind die Unternehmen in der Oberpfalz indes mit der Güte der soziokulturellen Infrastruktur, die mit der Note 2,8 bewertet wird (Land 2,7). Dieselben Benotungsunterschiede bestehen für die Höhe der Strompreise (Note 4,0 in der Oberpfalz, Note 3,9 im Land), die Güte der Infrastruktur für den Schienenverkehr sowie der Schnelligkeit der Zulassungs- und Genehmigungsverfahren (jeweils Note 3,7 im Land, Note 3,8 in der Oberpfalz).

3.4.3 Verbesserungsmaßnahmen

Aus Sicht der Unternehmen aus der Oberpfalz besteht dringender Verbesserungsbedarf insbesondere hinsichtlich der Erleichterung von Antragsverfahren im Innovationsumfeld, hier beträgt die Zustimmungsquote 93,5 Prozent. Ebenfalls als hochrelevant eingestuft werden mit der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (Quote 92,6 Prozent) und der Bereitstellung von bezahlbarem und attraktivem Wohnraum (Quote 86,6 Prozent) zwei Maßnahmen aus dem Bereich Allgemeine Infrastruktur. Daneben wird der Ausbau der Leitungskapazitäten im Bereich der Energienetze (Quote 89,6 Prozent) und die Entbürokratisierung von Arbeitsrecht und Arbeitsschutz (Zustimmung 87,4 Prozent) besonders dringlich eingestuft. Zu den vier Verbesserungsmaßnahmen, die im Regierungsbezirk gegenwärtig als vergleichsweise wenig wichtig eingestuft werden, zählt insbesondere die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen (Zustimmungsquote 43,6 Prozent).

Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr sind 24 der 37 vergleichbaren Verbesserungsmaßnahmen nun mit einer höheren Dringlichkeit eingestuft worden, 13 Maßnahmen haben an Relevanz eingebüßt.

Besonders deutlich gestiegen ist aus Sicht der Unternehmen aus der Oberpfalz die Bedeutung von Maßnahmen, die die Verstärkung sowie den Ausbau von Leitungskapazitäten bzw. den Ausbau der Energienetze zum Inhalt haben. Hier stieg die Zustimmungsquote von 69,9 Prozent im Jahr 2023 auf nun 89,6 Prozent. Ebenfalls deutlich erhöht hat sich die Relevanz von Verbesserungen, die zur Entbürokratisierung des Arbeitsrechtes und -schutzes beitragen (Quote 87,4 Prozent nach 68,9 Prozent im Vorjahr). Auch das Innovationsumfeld ist den Unternehmen der Oberpfalz wichtig, sie stufen die Bedeutung von Maßnahmen zur Verbesserung der zielgerichteten Innovationsberatung nun deutlich höher ein als im Vorjahr (Quote 76,3 Prozent nach 58,4 Prozent im Jahr 2023).

Im Gegenzug haben aber auch einige Maßnahmen an Relevanz verloren. Dies gilt vor allem für die Fortführung der Breitbandinitiative, die in der aktuellen Erhebung eine Zustimmung von 80,4 Prozent erfährt (nach 91,3 Prozent im Vorjahr). Als weniger dringlich als noch im letzten Jahr eingestuft wird aus Perspektive der Unternehmen in der Oberpfalz zudem der Ausbau von E-Government und E-Verwaltung (Quote gesunken von 71,0 Prozent im Jahr 2023 auf nun 63,2 Prozent) sowie die Sicherstellung eines breiten Angebotes im öffentlichen Personenverkehr, z.B. in Randregionen zu Neben- und Schwachverkehrszeiten (Quote gesunken von 80,6 Prozent auf nun 73,2 Prozent).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Verglichen mit der Gesamtheit aller Unternehmen in Bayern messen die Unternehmen der Oberpfalz vor allem zwei Verbesserungsmaßnahmen aus dem Themengebiet des Innovationsumfeldes eine höhere Bedeutung bei. So wird die zielgerichtete Verbesserung des Beratungsangebotes für eine effektivere Innovationsförderung im Regierungsbezirk mit einer Zustimmungsquote von 76,3 Prozent belegt, während die Quote über alle sieben Regierungsbezirke des Freistaates 70,8 Prozent beträgt. Auch die Unterstützung von Innovationsnetzwerken ist den Unternehmen aus der Oberpfalz im Vergleich wichtiger (Quote 61,8 Prozent gegenüber 58,3 Prozent im Land). Dies gilt in ähnlichem Maße für Maßnahmen, die auf die Verbesserung der Straßeninfrastruktur abzielen (Zustimmung 69,1 Prozent in der Oberpfalz, 66,8 Prozent über alle sieben Bezirke).

Weniger bedeutsam als für die Gesamtheit der bayerischen Unternehmen ist für die Unternehmen der Oberpfalz der Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für alternative Antriebstechnologien (Quote 55,3 Prozent im Regierungsbezirk gegenüber 68,4 Prozent im Land). Auch der Ausbau von E-Government und E-Verwaltung werden im Regierungsbezirk als weniger dringlich eingestuft als über die Gesamtheit aller Bezirke (63,2 Prozent gegenüber 75,3 Prozent). Dies gilt in ähnlichem Maße für Maßnahmen zur Transparenzverbesserung bzw. zur Zugangserleichterung zu Fördermöglichkeiten der beruflichen Weiterbildung (Zustimmungsquote 58,3 Prozent in der Oberpfalz, 68,2 Prozent in Bayern).

3.5 Oberfranken

Als sowohl flächen- als auch einwohnermäßig kleinster der sieben bayerischen Regierungsbezirke ist das eher ländlich strukturierte Oberfranken ein altindustrialisierter Wirtschaftsstandort. Oberfranken verfügt über keine Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die wichtigsten regionalen Zentren bzw. Ballungsräume sind Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof. Der Regierungsbezirk hat sowohl seine Standortqualität als auch die Loyalität der ansässigen Unternehmen mehr als andere Regionen in Bayern steigern können, was zu einem Anschluss an das Mittelfeld führt.

3.5.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

- Die Standortqualität in Oberfranken beträgt in diesem Jahr 71,5 Punkte. Zwar liegt sie damit unter dem bayerischen Durchschnitt (72,8 Punkte), jedoch ist der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (plus 7,6 Punkte nach 63,9 Punkten im Vorjahr) höher ausgefallen als in allen anderen Regierungsbezirken (plus 2,6 Punkte im bayerischen Mittel). Oberfranken klettert damit auf den fünften Rang.
- Die Loyalität, mit der die Unternehmen dem Bezirk Oberfranken begegnen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr (71,0 Prozent) äußerst positiv entwickelt und ist auf 84,5 Prozent gestiegen. Keiner der übrigen sechs Bezirke hat ähnlich viel hinzugewinnen können, Oberfranken belegt nun auch hier den fünften Rang. Allerdings liegt die Standortloyalität immer noch unter dem bayerischen Durchschnitt (85,6 Prozent).
- Diese positive Entwicklung manifestiert sich auch in der Bewertung der Standortfaktoren. Schnitt Oberfranken im letzten Jahr noch über alle fünf Themenbereiche schlechter ab als Bayern in der Gesamtheit, so hat sich das Bild nun gewandelt. Die Unternehmen attestieren dem Regierungsbezirk in diesem Jahr eine jeweils leicht überdurchschnittliche Güte für die Themenbereiche Innovationsumfeld (Note 2,7 im Bezirk, Note 2,8 in Bayern), Energie und Rohstoffe (Note 3,2 in Oberfranken, Note 3,3 in Bayern) sowie Humankapital und Arbeitsumfeld (Note 3,7 in Oberfranken, Note 3,8 in Bayern). Genau im bayerischen Mittel liegen die Einstufungen für die Allgemeine Infrastruktur (Note 3,0) sowie das Verwaltungshandeln (Note 3,9).

Tabelle 16

Ergebnisse für Oberfranken

	Oberfranken	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität ¹	84,5	85,6
Standortqualität ²	71,5	72,8
Humankapital und Arbeitsumfeld³	3,7	3,8
Innovationsumfeld³	2,7	2,8
Energie und Rohstoffe³	3,2	3,3
Allgemeine Infrastruktur³	3,0	3,0
Verwaltungshandeln³	3,9	3,9

¹⁾ Zustimmungquote in Prozent.

²⁾ Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

³⁾ Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2023)

3.5.2 Standortfaktoren

Die Unternehmen aus Oberfranken sind besonders zufrieden mit Faktoren aus dem Themenbereich Energie und Rohstoffe. Vor allem schneidet die Sicherheit der Stromversorgung gut ab und wird mit der Note 2,1 bewertet. Auch die Sicherheit der Gasversorgung sowie der Rohstoffversorgung werden im Vergleich am besten eingestuft (jeweils Note 2,5). Zu den Faktoren mit der höchsten Güte zählt zudem der Zugang zu Technologien (Note 2,5).

Deutlich verbesserungswürdig sind aus Sicht der Unternehmen in Oberfranken allerdings der zu hohe bürokratische Aufwand im Personalwesen (Note 4,6) und die Verfügbarkeit von Fachkräften (Note 4,1) – zwei Standortfaktoren aus dem Bereich Humankapital. Zu den am schlechtesten bewerteten Faktoren im Regierungsbezirk gehört zudem der Digitalisierungsfortschritt der öffentlichen Verwaltung (Note 4,2).

Abweichungen zum Vorjahr

Im Jahresvergleich haben sich 23 der in beiden Jahren erhobenen 28 Standortfaktoren aus Sicht der Unternehmen im Regierungsbezirk Oberfranken verbessern können, nur zwei Faktoren haben sich verschlechtert, drei Faktoren sind unverändert geblieben. Insbesondere Faktoren aus dem Themenbereich Energie und Rohstoffe haben ihre Güte verbessert. Dazu zählen die Höhe der Gaspreise (von der Vorjahresnote 4,7 auf nun 3,7

gestiegen) und Strompreise (Note 3,7 nach 4,6 im Vorjahr) ebenso wie die Sicherheiten in der Gasversorgung (Note 2,5 nach 3,3 im Vorjahr), der Stromversorgung (Note 2,1 nach 2,8 im Vorjahr) und der Rohstoffversorgung (Note 2,5 nach 3,1 im Vorjahr).

Im zeitlichen Vergleich zurückgegangen ist im Regierungsbezirk aus Sicht der befragten Unternehmen die Güte von lediglich zwei Standortfaktoren, nämlich der Fortschritt hinsichtlich der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung (von Note 4,0 auf nun 4,2) sowie die Verfügbarkeit von MINT-Absolventen (von der Note 3,6 im Vorjahr auf nun 3,7).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Die Unternehmen aus Oberfranken stufen die Güte von 17 der 29 erhobenen Standortfaktoren ihres Regierungsbezirkes in diesem Jahr als höher ein als die Gesamtheit aller Unternehmen in Bayern. Sieben Faktoren erhalten die gleiche Bewertung, fünf Faktoren werden in Oberfranken schlechter eingeschätzt als in Bayern insgesamt. Damit hat sich das Vorjahresbild deutlich gewandelt, als die Unternehmen des Regierungsbezirkes lediglich bezüglich dreier Standortfaktoren etwas zufriedener waren.

Insbesondere heben die Unternehmen im Vergleich mit den anderen Regierungsbezirken die Rohstoffversorgung hervor. Sowohl die Höhe der Rohstoffpreise (Note 3,5 in Oberfranken, Note 3,8 in Bayern) als auch die Sicherheit der Rohstoffversorgung (Note 2,5 im Regierungsbezirk, Note 2,7 im Freistaat) werden am deutlichsten besser bewertet. Auch hinsichtlich der Arbeitskosten (Note 3,5 gegenüber 3,7) sehen die Unternehmen einen Vorteil im Regierungsbezirk Oberfranken.

Unzufriedener ist man in Oberfranken dagegen insbesondere mit der Infrastruktur für den Luftverkehr (Note 2,9 im Bezirk, Note 2,6 über alle sieben Regierungsbezirke), dem Digitalisierungsfortschritt in der Verwaltung (Note 4,2 gegenüber 4,0) sowie der Verfügbarkeit von MINT-Absolventen (Note 3,7 gegenüber 3,6).

3.5.3 Verbesserungsmaßnahmen

Für die Unternehmen im Regierungsbezirk Oberfranken zielen zwei der drei Maßnahmen mit der höchsten Verbesserungsrelevanz auf das Themenfeld der Allgemeinen Infrastruktur ab. So stimmt man der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung mit einer Quote von 90,3 Prozent zu, und auch die Fortführung der Breitbandinitiative erhält mit 89,2 Prozent hohe Zustimmungswerte. Ebenso relevant ist aus Sicht der befragten Unternehmen die Erleichterung von Antragsverfahren im Innovationsumfeld (89,0 Prozent).

Am unwichtigsten erachten die befragten Unternehmen des Regierungsbezirkes dagegen die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen (Zustimmungsquote 40,8 Prozent).

Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr werden von den 37 vergleichbaren Maßnahmen nun 17 als relevanter eingestuft, 19 Verbesserungsmaßnahmen haben an Relevanz verloren.

Aus Sicht der befragten Unternehmen aus dem Regierungsbezirk Oberfranken hat vor allem der Ausbau der Schieneninfrastruktur an Bedeutung gewonnen, die Zustimmungsquote liegt in diesem Jahr bei 75,3 Prozent (nach 62,0 Prozent im Vorjahr). In ähnlichem Maße dringlicher geworden sind die Einführung eines regulierten Brückenstrompreises (nach einer Quote von 48,5 Prozent nun 59,4 Prozent) sowie die Einführung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene (nach 69,6 Prozent im Jahr 2023 nun 78,4 Prozent).

An Relevanz nachgelassen haben indes der Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung, hier ist die Zustimmungsquote binnen Jahresfrist von 71,5 Prozent auf nun 50,5 Prozent zurückgefallen. Gesunken ist aus Sicht der Unternehmen aus Oberfranken auch die Dringlichkeit, das Beratungsangebot für eine zielgerichtete Innovationsförderung zu verbessern (gefallen von vorjährig 72,5 Prozent auf nun 59,2 Prozent) sowie die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen (vorjährige Zustimmungsquote 52,0 Prozent, nun 40,8 Prozent) einzuschränken.

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Besonders im Blickpunkt stehen für die Unternehmen aus Oberfranken aktuell Maßnahmen, die auf die Einführung eines regulierten Brückenstrompreises (mit einem besonderen Strompreis für energieintensive Betriebe) ausgerichtet sind. Hier liegt die Zustimmungsquote mit 59,4 Prozent am deutlichsten über der Einstufung aller sieben Bezirke in Bayern (53,6 Prozent). Ebenfalls vergleichsweise deutliche Abweichungen sind hinsichtlich des Ausbaus einer wasserstoffbasierten Infrastruktur (Quote 69,6 Prozent in Oberfranken, 63,9 Prozent im Land) sowie der Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum (Zustimmung 86,3 Prozent im Regierungsbezirk, Quote 80,6 Prozent in Bayern) feststellbar.

Als weniger handlungsrelevant im Vergleich zur Einschätzung der Gesamtheit der Unternehmen im Freistaat stufen die Unternehmen Oberfrankens dagegen den Ausbau eines Beratungsangebotes für zielgerichtete Innovationsförderung ein (Quote 59,2 Prozent in Oberfranken, 70,8 Prozent über alle sieben Regierungsbezirke). Auch die Flexibilisierung des Arbeitsrechtes (Quote 65,3 Prozent gegenüber 75,1 Prozent) und der Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung (50,5 Prozent gegenüber 59,2 Prozent) sind für die Unternehmen aus Oberfranken weniger wichtig als über alle sieben bayerischen Regierungsbezirke hinweg.

3.6 Mittelfranken

Mittelfranken profitiert von seiner zentralen Lage in Bayern und wird stark vom Agglomerationsraum der Metropolregion Nürnberg geprägt, zu dem auch Fürth und Erlangen gehören. Eine wesentliche Rolle für die industrielle Struktur des Regierungsbezirks spielen der Maschinenbau sowie die Energie- und Elektrotechnik. Zudem hat der Dienstleistungssektor

einen leicht höheren Anteil als in Bayern insgesamt. Während die Qualität des Standortes unverändert geblieben ist, ist die Loyalität gestiegen und festigt diesbezüglich die Spitzenposition Mittelfrankens.

3.6.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

- Die Standortqualität im Regierungsbezirk Mittelfranken beträgt 72,2 Punkte und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Allerdings haben fast alle anderen Bezirke zulegen können, so dass die Qualität in Mittelfranken nun leicht unter den bayerischen Durchschnitt (72,8 Punkte) gefallen ist. Dies führt auch dazu, dass der Bezirk zwei Plätze verloren hat und nun Rang 4 belegt.
- Auf sehr hohem Niveau hat sich die Standortloyalität in Mittelfranken noch einmal verbessern können. Sie liegt nun bei 89,8 Prozent (Vorjahr 86,0 Prozent) und damit deutlich über dem bayerischen Mittelwert (85,6 Prozent). Zwar fällt diese Verbesserung etwas geringer aus als über alle Bezirke insgesamt, jedoch verteidigt Mittelfranken damit seine Spitzenposition.
- Allerdings übertrifft die Güte der Standortfaktoren in Mittelfranken in keinem Themenbereich die durchschnittliche Bewertung aller Unternehmen in Bayern. Vergleichsweise gut schneidet das Innovationsumfeld ab. Es wird mit der Note 2,8 bewertet und liegt damit genau im bayerischen Mittel. Die Standortfaktoren der übrigen vier Themenbereiche liegen allesamt unterhalb des Mittelwertes. Besonders schlecht wird das Verwaltungshandeln in Mittelfranken eingestuft, das nur die Note 4,0 erhält.

Tabelle 17

Ergebnisse für Mittelfranken

	Mittelfranken	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität ¹	89,8	85,6
Standortqualität ²	72,2	72,8
Humankapital und Arbeitsumfeld³	3,9	3,8
Innovationsumfeld³	2,8	2,8
Energie und Rohstoffe³	3,4	3,3
Allgemeine Infrastruktur³	3,1	3,0
Verwaltungshandeln³	4,0	3,9

¹⁾ Zustimmungquote in Prozent.

²⁾ Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

³⁾ Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2023)

3.6.2 Standortfaktoren

Besonders zufrieden sind die Unternehmen in Mittelfranken mit Standortfaktoren aus den Themenbereichen Energie und Rohstoffe sowie dem Innovationsumfeld. So schätzt man vor allem die Sicherheit der Stromversorgung (Note 2,4) und der Rohstoffversorgung (Note 2,6) im Bereich Energie und Rohstoffe. Hinsichtlich des Innovationsumfeldes werden insbesondere der Zugang zu Technologien (Note 2,4) und die Technikfreundlichkeit (Note 2,6) in Mittelfranken als gut bewertet. Zu den fünf am besten eingestuften Standortfaktoren gehört zudem die Infrastruktur für den Luftverkehr (Note 2,6).

Zwei der drei am schlechtesten bewerteten Faktoren stammen aus dem Themenbereich Humankapital. Wie auch in anderen Regierungsbezirken wird vor allem der bürokratische Aufwand im Personalwesen bemängelt und erhält abgeschlagen die Note 4,8. Auch die mangelnde Flexibilität des Arbeitsrechts wird von den Unternehmen kritisiert (Note 4,2). Komplettiert wird die Liste der nicht überzeugenden Standortfaktoren vom als zu bürokratisch empfundenen Verhalten öffentlicher Stellen (Note 4,2).

Abweichungen zum Vorjahr

Im Vorjahresvergleich haben sich sechs der in beiden Jahren erhobenen 28 Standortfaktoren aus Sicht der Unternehmen im Regierungsbezirk Mittelfranken verbessern können, 14 haben sich verschlechtert, acht Faktoren sind unverändert geblieben.

Besonders verbessern konnte sich die Güte der soziokulturellen Infrastruktur in Mittelfranken. Nach einer Bewertung von 3,4 konnte in diesem Jahr die Note 2,8 erreicht werden. Einen deutlichen Sprung machen konnten mit der Sicherheit der Rohstoffversorgung (von der Note 3,4 im Vorjahr auf nun 2,8) und der Stromversorgung (von der vorjährigen Note 2,6 auf 2,4 in diesem Jahr) zwei Standortfaktoren aus dem Bereich Energie und Rohstoffe. Auch der Zugang zu Technologien aus dem Themenbereich Innovationsumfeld konnte vergleichsweise deutlich zulegen und erreicht in diesem Jahr die Note 2,4 (nach 2,6 im Jahr 2023).

Eine im Jahresvergleich gesunkene Bewertung vergeben die befragten Unternehmen dagegen für zwei Faktoren aus dem Themenbereich der Allgemeinen Infrastruktur. So hat insbesondere die Güte der digitalen Infrastruktur deutlich nachgelassen und wird nur noch mit der Note 3,4 eingestuft (Vorjahr noch 2,6). Auch die Güte der Gewerbe- und Industrieflächen in Mittelfranken ist aus Sicht der Unternehmen gesunken (Note 2,9 in diesem Jahr nach 2,5 im Jahr 2023). Das Verhalten öffentlicher Stellen wird als zunehmend bürokratisch eingestuft (Note 4,2 nach 3,7 im Vorjahr), und auch der bürokratische Aufwand im Personalwesen gehört zu den sich am stärksten verschlechtert habenden Standortfaktoren im Regierungsbezirk (Note 4,8 nach 4,4 im Vorjahr).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Im Vergleich zur Gesamtheit der Unternehmen ist man im Regierungsbezirk Mittelfranken nur bezüglich dreier Faktoren zufriedener, bei 20 Aspekten herrscht größere Unzufriedenheit. Sieben Standortfaktoren werden in Mittelfranken gleich eingeschätzt wie im gesamten Freistaat.

Neben der Sicherheit der Rohstoffversorgung (Note 2,6 in Mittelfranken, Note 2,7 in Bayern) werden vor allem zwei Faktoren aus dem Innovationsumfeld besser eingestuft. Hinsichtlich des Zugangs zu Technologien (Note 2,4 im Regierungsbezirk, Note 2,6 in Bayern) sowie bezüglich der Existenz von FuE- und Innovationsnetzwerken (Note 2,7 im Bezirk gegenüber Note 2,8 im Freistaat) sehen die befragten Unternehmen einen Vorteil von Mittelfranken.

Nachteile werden dagegen für Faktoren der Bereiche Allgemeine Infrastruktur sowie Energie und Rohstoffe konstatiert. Die Qualität der Bildungsinfrastruktur fällt mit der Note 2,9 in Mittelfranken schlechter aus als über alle sieben Regierungsbezirke (Note 2,7), auch die Güte der Mobilfunkinfrastruktur wird schlechter eingestuft (Note 3,4 gegenüber Note 3,2 im Land). Zudem fallen die Bewertungen für die Höhe der Strompreise (Note 4,1 gegenüber 3,9) sowie die Höhe der Gaspreise (Note 4,0 gegenüber 3,8) in Mittelfranken schlechter aus.

Verbesserungsmaßnahmen

Für die Unternehmen in Mittelfranken ist von besonderer Bedeutung, dass die Allgemeine Infrastruktur im Regierungsbezirk verbessert wird. Die vier Verbesserungsmaßnahmen mit der höchsten Zustimmungsquote entfallen allesamt auf diesen Themenbereich. Als am relevantesten erachten die Unternehmen die Bereitstellung von bezahlbarem, attraktivem Wohnraum (Zustimmungsquote 94,8 Prozent), aber auch ein hinreichendes Angebot an

wohnnahen Pflegeeinrichtungen (Zustimmung 93,8 Prozent) sowie die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (Quote 92,9 Prozent) werden als besonders relevant eingestuft. Auf eine besonders breite Zustimmung trifft ebenfalls die Fortführung der Breitbandinitiative zum Ausbau einer leistungsfähigen Digitalinfrastruktur (91,9 Prozent).

Am irrelevantesten sind für die Unternehmen aus Mittelfranken Maßnahmen, die die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen einschränken (Quote 43,6 Prozent).

Abweichungen zum Vorjahr

22 der bereits im Vorjahr erhobenen Maßnahmen zur Verbesserung der Standortfaktoren werden von den Unternehmen in Mittelfranken in diesem Jahr als relevanter eingestuft, 15 haben an Dringlichkeit verloren. An Relevanz gewonnen haben aus Sicht der Unternehmen aus Mittelfranken demgemäß vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Allgemeinen Infrastruktur im Regierungsbezirk. So besteht für 82,8 Prozent der befragten Unternehmen nun eine hohe Dringlichkeit zur Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum (Vorjahr 66,3 Prozent), besonders deutlich gestiegen ist auch die Zustimmungsquote für den Ausbau soziokultureller Einrichtungen (von vorjährig 56,4 Prozent auf nun 70,1 Prozent). Auch die Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen (von 81,2 Prozent auf 93,8 Prozent in diesem Jahr gestiegen) sowie die Schaffung eines ausreichenden Angebotes an bezahlbarem Wohnraum (94,8 Prozent nach 83,2 Prozent im Vorjahr) hat im Vergleich mit dem Vorjahr deutlich an Dringlichkeit zugelegt.

Am deutlichsten an Relevanz verloren hat aus Sicht der Unternehmen in Mittelfranken demgegenüber der Ausbau einer wasserstoffbasierten Energieversorgung (Quote von 77,0 Prozent auf nun 63,3 Prozent gefallen). Auch Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung von Jugendlichen (Quote 81,8 Prozent nach 89,8 Prozent im Vorjahr) sowie zur Senkung der regulierten Komponenten des Strompreises (Zustimmung 79,9 Prozent nach 85,3 Prozent im Jahr 2023) haben an Bedeutung eingebüßt.

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

So beziehen sich die drei Verbesserungsmaßnahmen, die im Regierungsbezirk Mittelfranken als deutlich relevanter eingeschätzt werden als von der Gesamtheit der Unternehmen in Bayern, auf das Themengebiet Allgemeine Infrastruktur. Der deutlichste Unterschied besteht bezüglich Maßnahmen, die auf die Sicherstellung eines attraktiven Angebotes an soziokulturellen Einrichtungen ausgerichtet sind, hier liegt die Zustimmungsquote der Unternehmen aus Mittelfranken mit 70,1 Prozent merklich höher als die Quote über alle Unternehmen der sieben Bezirke Bayerns (61,2 Prozent). Als ebenfalls dringlicher schätzt man in Mittelfranken die Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen (93,8 Prozent gegenüber 85,3 Prozent im Land) sowie den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien (75,5 Prozent im Regierungsbezirk, 68,4 Prozent in Bayern) ein.

Im Vergleich zum bayerischen Mittelwert besteht in Mittelfranken weniger Dringlichkeit hinsichtlich der Etablierung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene (69,5 Prozent gegenüber 73,8 Prozent). Auch die Flexibilisierung des Arbeitsrechts

(70,8 Prozent gegenüber 75,1 Prozent) und die Erleichterung von Antragsverfahren im Innovationsumfeld (88,4 Prozent gegenüber 92,2 Prozent) steht für die Unternehmen aus Mittelfranken etwas weniger im Fokus als über alle Unternehmen der sieben Regierungsbezirke zusammengefasst.

3.7 Unterfranken

Unterfrankens wirtschaftliche Schwerpunkte liegen im großindustriell geprägten Schweinfurt, dem Dienstleistungs- und Handelszentrum Würzburg sowie in Aschaffenburg. Der Maschinenbau stellt im Regierungsbezirk mit Abstand die größte Industriebranche dar, gefolgt von der Automobil- und Zulieferindustrie. Zudem hat die Land- und Forstwirtschaft im Vergleich zu Bayern insgesamt ein leicht überdurchschnittliches Gewicht. Eine leicht überdurchschnittliche Verbesserung der Standortqualität führt aber nicht dazu, dass der Rückstand zu den anderen Bezirken bezüglich der Loyalität verringert werden kann.

3.7.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

- Die Standortqualität in Unterfranken beträgt in diesem Jahr 74,0 Punkte und kann damit im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 Punkte zulegen (Vorjahr 71,0 Punkte). Diese leicht überdurchschnittliche Zunahme führt dazu, dass Unterfranken nun zu den drei Bezirken mit der höchsten Standortqualität in Bayern gehört.
- Die Standortloyalität verbessert sich ebenfalls, allerdings leicht unterdurchschnittlich von 77,6 Prozent auf nun 81,7 Prozent. Damit liegt die Loyalität der Unternehmen in Unterfranken immer noch unterhalb des bayerischen Mittelwertes (85,6 Prozent). Dies führt dazu, dass der Bezirk den vorletzten Rang nicht verlässt. Die überdurchschnittliche Standortqualität wird in Unterfranken nicht in eine ähnlich hohe Loyalität umgemünzt.
- Hinsichtlich der fünf zentralen Themenbereiche liegt Unterfranken im bayerischen Durchschnitt. Lediglich für die Faktoren aus dem Feld Humankapital und Arbeitsumfeld vergeben die Unternehmen des Regierungsbezirkes etwas bessere Noten als im bayerischen Durchschnitt, was in einer Gesamtnote von 3,7 resultiert (gegenüber 3,8 über alle Bezirke in Bayern). Auch in Unterfranken schneidet das Innovationsumfeld im Vergleich besonders gut ab (Note 2,8), während das Verwaltungshandeln wie in den anderen Bezirken das Schlusslicht unter den Themenbereichen bildet (Note 3,9).

Tabelle 18

Ergebnisse für Unterfranken

	Unterfranken	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität ¹	81,7	85,6
Standortqualität ²	74,0	72,8
Humankapital und Arbeitsumfeld³	3,7	3,8
Innovationsumfeld³	2,8	2,8
Energie und Rohstoffe³	3,3	3,3
Allgemeine Infrastruktur³	3,0	3,0
Verwaltungshandeln³	3,9	3,9

¹⁾ Zustimmungquote in Prozent.

²⁾ Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

³⁾ Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2023)

3.7.2 Standortfaktoren

Wie bereits im letzten Jahr schneidet im Regierungsbezirk Unterfranken auch in diesem Jahr die Sicherheit der Stromversorgung unter allen erhobenen Standortfaktoren wieder am besten ab, sie wird von den befragten Unternehmen mit der Note 2,3 eingestuft. Ebenso aus dem Themengebiet Allgemeine Infrastruktur stammen die Sicherheit der Gasversorgung und die Güte der Infrastruktur für den Luftverkehr (jeweils Note 2,6), die ebenfalls unter den bestbewerteten Standortfaktoren in Unterfranken rangieren. Der Zugang zu Technologien wird von den Unternehmen im Regierungsbezirk genauso mit der Note 2,6 bedacht.

Am schlechtesten schätzen die Unternehmen aus Unterfranken indes Faktoren aus den Bereichen Humankapital sowie Energie und Rohstoffe ein. So wird der bürokratische Aufwand im Personalwesen mit der Note 4,4 bewertet, auch die Flexibilität im Arbeitsrecht lässt aus Sicht der befragten Unternehmen zu wünschen übrig (Note 3,9). Den Digitalisierungsfortschritt in der öffentlichen Verwaltung bewerten die Unternehmen mit der Note 4,1, das zu bürokratische Verhalten der Verwaltung mit der Note 3,9.

Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bewertung von 16 Standortfaktoren in Unterfranken verbessert. Demgegenüber stehen sechs Standortfaktoren, bei denen sich die Bewertung verschlechtert hat, während sechs Faktoren unverändert geblieben sind.

Am deutlichsten verbessert hat sich aus Sicht der Unternehmen in Unterfranken die Güte der soziokulturellen Infrastruktur, die nun mit der Note 2,7 aufwarten kann (im Vorjahr 3,1). Merklich zufriedener ist man auch mit der Höhe der Strompreise (Note 3,7 gegenüber 4,1 im Vorjahr). Auch die Verfügbarkeit von Fachkräften stuften die Unternehmen in diesem Jahr deutlich besser ein (Note 3,8 gegenüber 4,2 im Vorjahr).

Im Jahresvergleich deutlich nachgelassen hat aus Sicht der Unternehmen in Unterfranken allerdings die Güte der digitalen Infrastruktur, statt der Note 2,9 im Vorjahr erhält sie nurmehr die Note 3,3. Neben einem nachlassenden Fortschritt bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (Note 4,1 statt 3,7 im Jahr 2023) konstatieren die Unternehmen vor allem die geringere Güte zweier Faktoren aus dem Bereich Humankapital: So wird die Flexibilität im Arbeitsrecht in diesem Jahr nur mit der Note 3,9 (nach 3,7 im Vorjahr) bewertet, die Arbeitskosten mit der Note 3,7 (statt 3,5 im Vorjahr).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Im Vergleich zum bayerischen Mittelwert stuften die Unternehmen in Unterfranken die Qualität des Standortes bezüglich 13 Faktoren als besser ein, 9 Faktoren werden gleich bewertet, bei sieben schneidet der Regierungsbezirk schlechter ab als die Gesamtheit der sieben Bezirke in Bayern.

Als besser stuften die befragten Unternehmen mit dem bürokratischen Aufwand im Personalwesen (Note 4,4 in Unterfranken, Note 4,7 in Bayern) und der Flexibilität des Arbeitsrechts (Note 3,9 im Bezirk, Note 4,1 im Land) zwei Standortfaktoren aus dem Themenbereich Humankapital ein. Ebenfalls Vorteile für den Regierungsbezirk sieht man bei der Höhe der Strompreise (Note 3,7 in Unterfranken, Note 3,9 im Land).

Schlechter schneidet vor allem die Sicherheit der Rohstoffversorgung ab, die von den Unternehmen in Unterfranken mit der Note 3,0 eingestuft wird (gegenüber 2,7 im Land). Die Güte der digitalen Infrastruktur (in Unterfranken mit der Note 3,4 bewertet) fällt leicht gegenüber der Landesnote 3,3 ab, dies gilt ebenso für die Existenz von FuE- und Innovationsnetzwerken (Note 2,9 in Unterfranken, Note 2,8 über alle sieben Regierungsbezirke).

3.7.3 Verbesserungsmaßnahmen

Für die Unternehmen aus Unterfranken besteht Nachholbedarf insbesondere im Bereich der Allgemeinen Infrastruktur, auf den die beiden Verbesserungsmaßnahmen mit der diesjährig höchsten Relevanz entfallen. So beträgt die Zustimmungsquote für Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung in diesem Jahr 94,3 Prozent und ist damit ebenso hoch wie für die Fortführung der Breitbandinitiative. Auch eine stärkere Vernetzung von administrativen Einheiten (Zustimmung 92,4 Prozent) sowie

erleichterte Antragsverfahren im Innovationsumfeld zählen aus Sicht der befragten Unternehmen in Unterfranken zu den relevantesten Maßnahmen zur Verbesserung der Standortfaktoren im Regierungsbezirk.

Als deutlich weniger relevant eingestuft werden Maßnahmen, die auf die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen einwirken (Quote 43,8 Prozent). Auch die Einführung eines regulierten Brückenstrompreises für energieintensive Industriebetriebe (Zustimmungsquote 48,5 Prozent) sowie der Ausbau einer steuerlichen Forschungsförderung (Quote 55,7 Prozent) werden von den Unternehmen in Unterfranken als weniger dringlich eingeschätzt.

Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr werden 24 der 37 in beiden Jahren erhobenen Verbesserungsmaßnahmen als nun relevanter bewertet, 13 als weniger relevant. An Relevanz gewonnen haben vor allem Maßnahmen aus dem Bereich Humankapital. So haben insbesondere rechtliche Aspekte stark an Bedeutung zugenommen: Die Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts ist nun für 79,2 Prozent der Befragten relevant (Vorjahr 67,4 Prozent), die Erhöhung der Flexibilität des Arbeitsrechts für 75,2 Prozent (im Vorjahr 64,6 Prozent). Maßnahmen, die auf eine Senkung der Arbeitskosten einwirken, werden von 81,0 Prozent der Unternehmen des Regierungsbezirkes Unterfranken als dringlich eingestuft (Vorjahr 70,8 Prozent). Die Zustimmungsquote für eine stärkere Vernetzung der administrativen Einheiten beträgt in diesem Jahr 92,4 Prozent (nach 81,1 Prozent im Vorjahr).

Im Jahresvergleich an Relevanz eingebüßt haben vor allem Maßnahmen, die auf den Ausbau steuerlicher Forschungsförderung ausgerichtet sind (Quote von 72,8 Prozent auf 55,7 Prozent in diesem Jahr gefallen). Auch die Einführung eines Brückenstrompreises (von vorjährig 59,6 Prozent auf 48,5 Prozent in diesem Jahr gefallen) sowie der Ausbau des Förderangebotes für Unternehmen im Innovationsumfeld (Zustimmung von 86,4 Prozent auf 77,0 Prozent gesunken) wird von den befragten Unternehmen als weniger dringlich eingeschätzt als noch im Vorjahr.

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Im Vergleich zum Durchschnitt über alle Unternehmen der sieben Regierungsbezirke in Bayern sind den Befragten aus Unterfranken vor allem vier Maßnahmenschwerpunkte wichtiger. So wünscht man sich häufiger als im gesamten Land, dass die Transparenz sowie der Zugang zu Fördermöglichkeiten im Bereich der beruflichen Weiterbildung verbessert werden (75,7 Prozent in Unterfranken, 68,2 Prozent in Bayern). Mehr Wert legt man auch auf die stärkere Vernetzung administrativer Einheiten (92,4 Prozent Zustimmung in Unterfranken gegenüber 85,3 Prozent im Freistaat) und auf den Ausbau eines attraktiven sozio-kulturellen Angebotes (Zustimmungsquote 67,9 Prozent gegenüber 61,2 Prozent). Auch Maßnahmen, die die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland erleichtern, werden als dringlicher erachtet als vom Gros der Unternehmen aus dem gesamten Bayern (64,1 Prozent gegenüber 58,0 Prozent).

Als weniger relevant gegenüber dem gesamten Freistaat sind dagegen mit der Einführung eines regulierten Brückenstrompreises (48,5 Prozent in Unterfranken, 53,6 Prozent in Bayern) und der breiteren Diversifizierung von Energieimporten (68,6 Prozent gegenüber

73,6 Prozent) zwei Maßnahmenbündel aus dem Bereich Energie und Rohstoffe bewertet. Vor allem aber stufen die Unternehmen in Unterfranken es als weniger dringlich ein, gesellschaftlich besonders relevante Innovationsfelder öffentlich stärker als bislang zu fördern (Zustimmungsquote 62,0 Prozent im Regierungsbezirk, 67,2 Prozent über alle sieben Bezirke Bayerns).

3.8 Schwaben

Schwaben – sowohl bezüglich Einwohnerzahl als auch Fläche einer der größten bayerischen Regierungsbezirke – wird wirtschaftlich vom produzierenden Gewerbe (v.a. Maschinenbau, Ernährung, Metallerzeugnisse) geprägt. Daneben spielt die forschungsintensive Luft- und Raumfahrtindustrie eine wichtige Rolle. Schwaben hat die Standortqualität deutlich steigern können, auch die Loyalität der Unternehmen hat sich verbessert. Bezüglich beider Kennwerte nimmt der Regierungsbezirk nun den zweiten Rang ein.

3.8.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

- Die Standortqualität des Regierungsbezirkes Schwaben liegt in diesem Jahr bei 75,1 Punkten. Damit wird der bayerische Durchschnitt (72,8 Punkte) deutlich übertroffen. Auch die Verbesserung zum letzten Jahr liegt in Schwaben (plus 3,9 Punkte) höher als der Durchschnitt in Bayern (plus 2,6 Punkte). Vor diesem Hintergrund belegt der Regierungsbezirk nun Rang 2 (nach dem dritten Platz im Vorjahr).
- Die Standortloyalität ist ebenfalls (allerdings leicht unterdurchschnittlich) angestiegen und beträgt nun 88,1 Prozent (Vorjahr 83,0 Prozent). Damit wird der Durchschnitt aller Regierungsbezirke in Bayern (85,6 Prozent) deutlich übertroffen, was dem Bezirk Schwaben diesbezüglich den zweiten Rang sichert.
- Bezüglich der Standortfaktoren zeigt sich ein differenziertes Bild. Vergleichsweise hoch bewerten die Unternehmen die Güte des Innovationsumfeldes sowie der Allgemeinen Infrastruktur (jeweils Note 2,9). Die Infrastruktur schneidet damit in Schwaben etwas besser ab als im gesamten Land. Schlechter hingegen stufen die Unternehmen die Standortfaktoren der Bereiche Humankapital und Arbeitsumfeld (Note 3,9 im Bezirk, Note 3,8 im Land), Innovationsumfeld (Note 2,9 in Schwaben, Note 2,8 im Land) sowie Energie und Rohstoffe (Note 3,4 in Schwaben, Note 3,3 in Bayern) ein. Das Verwaltungshandeln liegt im bayerischen Mittel (Note 3,9).

Tabelle 19

Ergebnisse für Schwaben

	Schwaben	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität ¹	88,1	85,6
Standortqualität ²	75,1	72,8
Humankapital und Arbeitsumfeld³	3,9	3,8
Innovationsumfeld³	2,9	2,8
Energie und Rohstoffe³	3,4	3,3
Allgemeine Infrastruktur³	2,9	3,0
Verwaltungshandeln³	3,9	3,9

¹⁾ Zustimmungquote in Prozent.

²⁾ Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).

³⁾ Bewertung in Schulnoten.

Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2023)

3.8.2 Standortfaktoren

Besonders gute Noten vergeben die Unternehmen im Regierungsbezirk Schwaben in diesem Jahr wie bereits im Vorjahr für die Sicherheit der Stromversorgung (Note 2,4) sowie für Standortfaktoren aus dem Themenbereich Allgemeine Infrastruktur. Sowohl die Güte der Luftverkehrsinfrastruktur als auch der Infrastruktur für den Straßenverkehr werden mit der Note 2,5 bewertet, ebenso die soziokulturelle Infrastruktur. Auch der Zugang zu Technologien erhält die Note 2,5 und zählt damit zu den bestbewerteten Standortfaktoren des Regierungsbezirkes.

Am schlechtesten eingestuft wird dagegen der bürokratische Aufwand, der für Vorgänge im Personalwesen anfällt. Dieser Faktor erhält die Durchschnittsnote 4,9. Auch zwei weitere Standortfaktoren aus dem Themengebiet Humankapital gehören zu den am schlechtesten bewerteten Aspekten, nämlich die Flexibilität des Arbeitsrechts (Note 4,4) sowie die Arbeitskosten (Note 4,0). Dieses Feld wird komplettiert vom als zu bürokratisch eingestuftem Verhalten öffentlicher Stellen (ebenfalls Note 4,0).

Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bewertung von 15 Standortfaktoren in Schwaben verbessert. Dem gegenüber stehen acht Standortfaktoren, bei denen sich die Bewertung verschlechtert hat, fünf Standortfaktoren sind konstant geblieben.

Die deutlichsten Verbesserungen treten bezüglich der Güte der soziokulturellen Infrastruktur auf, die in diesem Jahr mit der Note 2,5 (im Vorjahr 3,2) bewertet wird. Vergleichsweise deutlich entspannt hat sich aus Sicht der Unternehmen aus Schwaben daneben nicht nur die Höhe der Strompreise (von der vorjährigen Note 4,4 auf nun 3,9 gestiegen) sowie der Gaspreise (von 4,2 auf 3,9 verbessert), sondern auch die Verfügbarkeit von qualifizierten Nachwuchskräften (Note 4,1 im Vorjahr, nun 3,7).

Im Gegensatz dazu merklich verschlechtert hat sich die Güte der digitalen Infrastruktur im Regierungsbezirk, die im Vorjahr noch mit der Note 2,6 eingestuft wurde, in diesem Jahr jedoch nur noch die Note 3,2 erhält. Aus Sicht der Unternehmen aus Schwaben hat daneben im Vergleich mit dem Vorjahr vor allem die Güte von Standortfaktoren aus dem Bereich Humankapital nachgelassen. So wird der bürokratische Aufwand im Personalwesen nurmehr mit der Note 4,9 bewertet (nach einer 4,3 im Vorjahr), die Flexibilität im Arbeitsrecht ist von der Note 3,9 auf nun 4,4 gesunken und die Arbeitskosten werden mit der Note 4,0 eingestuft (nach einer 3,6 im Jahr zuvor).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Verglichen mit Bayern schneidet Schwaben in acht von 29 Standortfaktoren besser ab, wohingegen zwölf Faktoren gleich bewertet werden. Bei neun Faktoren sehen die Unternehmen eher Nachteile im Regierungsbezirk.

Leichte Vorteile im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken bestehen aus Sicht der befragten Unternehmen vor allem hinsichtlich der infrastrukturellen Rahmenbedingungen in Schwaben. So wird neben der Güte der Straßenverkehrsinfrastruktur (Note 2,5 in Schwaben, Note 2,7 in Bayern) und der Infrastruktur für den Luftverkehr (Note 2,5 in Schwaben, Note 2,6 über alle sieben Bezirke) auch die digitale Infrastruktur (Note 3,2 gegenüber 3,3) im Regierungsbezirk etwas besser bewertet. Ebenso erhält die Güte der soziokulturellen Infrastruktur eine bessere Benotung (Note 2,5 im Bezirk gegenüber 2,7 über alle sieben Regierungsbezirke).

Weniger gut bewertet wird in Schwaben im Vergleich mit den anderen Regierungsbezirken die Flexibilität des Arbeitsrechts (Note 4,4 in Schwaben, Note 4,1 in Bayern) und die Höhe der Arbeitskosten (Note 4,0 im Regierungsbezirk, Note 3,7 in Bayern). Auch die proaktive Unterstützung der Unternehmen im Innovationsumfeld durch begleitende staatliche Aktivitäten, beispielsweise den Aufbau von Netzwerken oder Reallaboren mit bestimmten Themenschwerpunkten, erhält über alle sieben Bezirke eine bessere Benotung als in Schwaben (Note 4,0 im Regierungsbezirk, Note 3,7 in Bayern).

3.8.3 Verbesserungsvorschläge

Die Unternehmen aus Schwaben sehen Verbesserungsbedarf vor allem im Bereich Allgemeine Infrastruktur. Dazu zählt neben der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (Zustimmungsquote 92,1 Prozent) auch die Sicherung wohnortnaher Schulen (Zustimmung 88,9 Prozent) sowie die kontinuierliche Fortführung der Breitbandinitiative (Quote 88,1 Prozent). Am dringlichsten gewünscht wird von den Unternehmen

aus dem Regierungsbezirk jedoch die Erleichterung von Antragsverfahren im Innovationsumfeld (Zustimmungsquote 95,7 Prozent).

Im Vergleich am wenigsten relevant eingestuft werden hingegen Maßnahmen, die auf die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen abzielen (Quote 46,9 Prozent) sowie die Unterstützung von Innovationsnetzwerken (Zustimmung 50,0 Prozent).

Abweichungen zum Vorjahr

Der Vergleich mit der Befragung des Vorjahres zeigt, dass von den 37 in beiden Jahren erhobenen Verbesserungsmaßnahmen 25 an Relevanz zugelegt haben, während elf als weniger dringlich eingestuft werden.

Aus Sicht der Unternehmen in Schwaben ist der Handlungsdruck vor allem in den Bereichen Allgemeine Infrastruktur sowie Humankapital angestiegen. Insbesondere die Verbesserung der Lebenssituation im öffentlichen Raum hat an Bedeutung zugelegt, was sich in der diesjährigen Zustimmungsquote von 74,3 Prozent (gegenüber 56,0 Prozent im Jahr 2023) niederschlägt. Auch mahnen die befragten Unternehmen den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur in Schwaben an, hier stieg die Zustimmungsquote binnen Jahresfrist von 74,3 Prozent auf nun 85,0 Prozent. Bezüglich des Humankapitals ist den Unternehmen des Regierungsbezirkes zunehmend wichtig, die Ausbildungsunterstützung von Jugendlichen zu verbessern (von 71,0 Prozent gestiegen auf nun 81,6 Prozent) und das Arbeitsrecht zu entbürokratisieren (Quote gestiegen von 78,0 Prozent auf 87,9 Prozent in diesem Jahr).

Im Jahresvergleich weniger relevant sind mit der Bereitstellung eines attraktiven, bezahlbaren Wohnraumes (von 91,0 Prozent auf 86,9 Prozent gesunken) sowie Investitionen in die Verbesserung der Schieneninfrastruktur (von 72,4 Prozent auf 68,4 Prozent gefallen) allerdings ebenfalls zwei Maßnahmenbündel aus dem Bereich Allgemeine Infrastruktur. Dazu kommt die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen (von vorjährig 53,5 Prozent auf nun 46,9 Prozent gefallen).

Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt heben die befragten Unternehmen in Schwaben insbesondere zwei Maßnahmen aus dem Bereich Humankapital hervor, die sie als relevanter erachten. So entfällt auf die Senkung von Arbeitskosten im Regierungsbezirk eine Zustimmung von 87,8 Prozent (gegenüber 81,3 Prozent in Bayern), auch die Flexibilisierung des Arbeitsrechtes wird als dringlicher eingestuft (Zustimmung 79,4 Prozent in Schwaben, 75,1 Prozent in Bayern). Zudem legen die Unternehmen des Regierungsbezirkes mehr Wert darauf, dass gesellschaftlich besonders relevante Innovationsfelder verstärkt öffentlich gefördert werden (Zustimmung 71,0 Prozent in Schwaben, 67,2 Prozent über alle sieben Regierungsbezirke).

Im Gegensatz dazu weniger relevant sind mit dem flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien (Zustimmungsquote 61,6 Prozent in Schwaben, 68,4 Prozent über alle sieben Regierungsbezirke) und Investitionen in die Schieneninfrastruktur (Zustimmung 68,4 Prozent in Schwaben, 74,8 Prozent in Bayern) zwei Maßnahmenbündel aus dem Bereich der Allgemeinen Infrastruktur. Der deutlichste

[Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken](#)

Unterschied hinsichtlich der Relevanz aus Sicht der befragten Unternehmen zwischen Schwaben und dem Mittel aller sieben Regierungsbezirke besteht bei der Unterstützung von Innovationsnetzwerken, hier beträgt die Zustimmungquote in Schwaben 50,0 Prozent gegenüber 58,3 Prozent in Bayern.

4 Stärkere Serviceorientierung der Verwaltung als Beitrag zur Standortstärkung

Bürokratieabbau zentraler Faktor für die Verbesserung der Standortqualität

Im Rahmen der diesjährigen Erhebung wurden die Unternehmen dazu befragt, welche politischen Maßnahmen zur Stärkung des bayerischen Geschäftsmodells geeignet sind. Die folgende Wortwolke visualisiert die Nennungen der befragten Unternehmen, wobei eine zentrale und große Begriffsdarstellung einer häufigen Nennung durch die Unternehmen entspricht (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4

Offene Antworten der Unternehmen

Frage: Welche Maßnahmen sollte die Politik zur Stärkung des bayerischen Geschäftsmodells ergreifen?



Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult 2024

Die in der Wortwolke dargestellten Begriffe werden zu vier übergeordneten Kategorien zusammengefasst, die auch die Farbgebung der Begriffe in der Abbildung bestimmen:

Platz 1: Bürokratie- und Regulierungsabbau (n = 154, 58 Prozent der Nennungen)

Dem Nennungsbereich „Bürokratieabbau“ lassen sich die mit Abstand meisten Nennungen (73 Nennungen) der Unternehmen zuordnen. Als Vorschläge zur Verbesserung werden Vereinheitlichungen zwischen Kommunen und Bundesländern, Vernetzung der öffentlichen Stellen sowie die als dringend notwendig angesehene Reduzierung von verpflichtenden Dokumentationen angebracht. Die Unternehmen beziehen sich hierbei insbesondere auf den Bereich Personalwesen und Stundendokumentation. Der dadurch entstehende Mehraufwand schade insbesondere kleineren Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten, die in der mittelständig organisierten deutschen Wirtschaftsstruktur über 95 Prozent aller Unternehmen ausmachen.

Die erhobenen offenen Antworten im Nennungsbereich „Politik und Regulierung“ (34 Nennungen) weisen hierzu eine hohe Schnittmenge auf. Die Unternehmen fordern verstärkt, die Politik solle sich stärker aus den Entscheidungsprozessen der Unternehmen zurückziehen. Konkretere Forderungen betreffen insbesondere die Vereinheitlichung von Prozessen, eine gleichmäßigere Verteilung von Fördermitteln auf alle Unternehmen sowie eine technologieoffenere und faktenbasiertere politische Entscheidungsfindung.

Die Antworten im Nennungsbereich „Umgestaltung des Verwaltungsapparats“ (24 Nennungen) betreffen vorrangig die Verschlinkung des Verwaltungsapparates durch weniger Personal sowie ein Perspektivenwechsel innerhalb der betroffenen Behörden. Es wird angeregt, die Verwaltung solle stärker als Dienstleister der Unternehmen verstanden und interpretiert werden. Konkrete Ansatzpunkte sind erneut die stärkere Vernetzung von Behörden sowie der umfangreichere Einsatz von Digitaltechnik und KI.

15 Antworten der Unternehmen lassen sich dem Nennungsbereich „Unternehmertum fördern“ zuordnen. Von der Politik wird gefordert, selbst stärker unternehmerisch zu denken und insbesondere kleinere und jüngere Unternehmen in höherem Maße zu unterstützen. In den Bereichen „Mehr Transparenz“ (4 Nennungen) und „Ausschreibungsverfahren“ (3 Nennungen) schließlich geht es insbesondere um die bessere Nachvollziehbarkeit von politischer Entscheidungsfindung und darum, bei Ausschreibungen neben dem Preis verstärkt auf regionale Unternehmen zu setzen.

Platz 2: Infrastruktur (n = 54, 20 Prozent der Nennungen)

Auf die infrastrukturellen Rahmenbedingungen Bayerns stellt die zweite Kategorie der Nennungen ab. Am häufigsten werden hierbei die Themen „Digitalisierung“ (20 Nennungen) und „Infrastrukturausbau“ (13 Nennungen) durch die Unternehmen aufgegriffen. Die Unternehmen kritisieren wiederholt, dass insbesondere abseits der urbanen Ballungsräume keine belastbare und leistungsfähig Digitalinfrastruktur vorzufinden sei. Im Nennungsbereich „Digitalisierung“ werden die Unternehmen teilweise noch konkreter: Sie fordern die Einführung der elektronischen Patientenakte, die Lockerung des Datenschutzes sowie den verstärkten Einsatz von KI in zeitintensiven Genehmigungsverfahren.

Die Nennungen des Bereichs „Standortattraktivität“ (8 Nennungen) befassen sich vornehmlich mit der Stärkung des ländlichen Raums sowie der Bereitstellung von Flächen für Standorterweiterungen. Im Bereich „Energiewende“ (10 Nennungen) wird primär der sichere Bezug von günstiger Energie genannt. Hierzu zählt auch der Ausbau der

Erneuerbaren Energien, Kritik der Unternehmen löst dagegen die Beendigung der Förderungen von Biogasanlagen aus.

Platz 3: Kosten und Steuern (n = 44, 17 Prozent der Nennungen)

Im Nennungsbereich „Steuern“ (20 Nennungen) wird hauptsächlich gefordert, die Steuerlast der Unternehmen zu senken. Vereinzelt beziehen sich die Nennungen der Unternehmen auch auf die Situation der Mitarbeitenden, denn in vielen Fällen seien die Ausweitung der Arbeitszeit für die Angestellten aus steuerlichen Gründen nicht attraktiv. Der Nennungsbereich „finanzielle Förderung“ (11 Nennungen) subsumiert Forderungen der Unternehmen, die eine stärkere und effektivere Förderung der Unternehmen betreffen. Die Unternehmen schlagen zum Beispiel vor, Transformationsinvestitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Form von Sonderabschreibungen zu unterstützen. Darüber hinaus wird wiederholt die stärkere Neubauförderung etwa in Form von vergünstigten Abschreibungsregelungen gefordert. Im Nennungsbereich „Preisentwicklung“ (7 Nennungen) geht es vorrangig um die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise Deutschlands. Einige Unternehmer vermuten, der Politik sei nicht klar, dass die Wirtschaft mit sich kumulierenden Kostensteigerungen in diversen Bereichen wie etwa Miet-, Energie- und Lohnkosten konfrontiert sei. Dazu passen auch Nennungen aus dem Bereich „Lohnkosten“ (5 Nennungen). Eine Reihe von Unternehmen sehen sich mit deutlich zu hohen Lohnkosten konfrontiert und fordern von der Politik ergo eine Reduzierung der Lohnnebenkosten.

Platz 4: Personal (n = 13, 5 Prozent der Nennungen)

Die Personal-Kategorie umfasst Nennungen aus den Bereichen „Stärkung von Ausbildungsberufen“ (7 Nennungen), „Zuwanderung“ (4 Nennungen) und „Fachkräftemangel“ (2 Nennungen). Die befragten Unternehmen sprechen sich wiederholt für die Stärkung des Handwerks aus und fordern entsprechende Anreize der Politik. Außerdem wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, für eine bessere Arbeitsintegration von Geflüchteten zu sorgen. Dazu wird ein breiteres Angebot an Deutschkursen sowie die grundsätzliche Öffnung von Arbeitsmöglichkeiten für Zugewanderte gefordert.

Zusammenfassend untermauern die in diesem Jahr erhobenen offenen Antworten der Unternehmensbefragung die in den vorangegangenen Kapiteln aufgeführten Ergebnisse hinsichtlich der Güte der Standortfaktoren sowie der relevanten Verbesserungswünsche. Die Unternehmen in den sieben Regierungsbezirken Bayerns fordern vor allem einen Bürokratieabbau sowie eine stärkere Serviceorientierung der Verwaltung, eine Verbesserung der Infrastruktur im Freistaat sowie bessere Rahmenbedingungen bei Steuern und Humankapital, um den Standort insgesamt zu stärken.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Bewertung der Standortqualität im Zeitverlauf
Abbildung 2	Bewertung der untersuchten Themenbereiche im Zeitablauf
Abbildung 3	Bewertung der Themenbereiche nach Regierungsbezirken
Abbildung 4	Offene Antworten der Unternehmen

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Die zehn am besten bewerteten Standortfaktoren 2024 und 2023
Tabelle 2	Die zehn am schlechtesten bewerteten Standortfaktoren 2024 und 2023
Tabelle 3	Die zehn relevantesten Verbesserungsmaßnahmen 2024 und 2023
Tabelle 4	Verbesserungsmaßnahmen mit größtem Zuwachs/ größter Abnahme
Tabelle 5	Allgemeine Bewertung der Standortloyalität in Bayern nach Regierungsbezirken
Tabelle 6	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld
Tabelle 7	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Allgemeine Infrastruktur
Tabelle 8	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Innovationsumfeld
Tabelle 9	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Energie und Rohstoffe
Tabelle 10	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Verwaltungshandeln
Tabelle 11	Bewertung der Standortloyalität zum jeweiligen Regierungsbezirk
Tabelle 12	Bewertung der Standortqualität im jeweiligen Regierungsbezirk
Tabelle 13	Ergebnisse für Oberbayern
Tabelle 14	Ergebnisse für Niederbayern
Tabelle 15	Ergebnisse für die Oberpfalz
Tabelle 16	Ergebnisse für Oberfranken
	Ergebnisse für Mittelfranken
Tabelle 17	
	Ergebnisse für Unterfranken
Tabelle 18	
	Ergebnisse für Schwaben
Tabelle 19	

Anhang

Die Unternehmensbefragung fand vom 16. Juli bis zum 31. August 2024 statt und wurde telefonisch durchgeführt. Befragt wurden 700 Unternehmen, pro Regierungsbezirk zwischen 93 und 107 Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Standorten wurden Vertreter der Unternehmenszentrale befragt. In der Stichprobe befinden sich 166 Unternehmen, die bereits in einem der Vorjahre an der Unternehmensbefragung teilgenommen hatten. Die restlichen 534 Unternehmen wurden zufällig aus einer Unternehmensdatenbank ausgewählt. Die Stichprobe ist geschichtet nach Branche und Umsatzgröße – wie in der folgenden Tabelle dargestellt.

Anzahl der Unternehmen nach Branche und Umsatz	bis 10 Millionen Euro	ab 10 Millionen Euro	Gesamt
Industrie	237	66	303
Dienstleistungen	299	98	397
Gesamt	536	164	700

Die Stichprobe ist so konzipiert, dass die Anzahl der Unternehmen in jeder der vier Klassen hinreichend groß ist. Nur dann kann sichergestellt werden, dass von den Befragungsergebnissen valide Rückschlüsse auf die Meinung aller Unternehmen in Bayern möglich sind. Die amtliche Statistik weist in Bayern für die Klasse der Dienstleister bis 10 Millionen Euro Umsatz einen Anteil von knapp 90 Prozent aus. Um auch Aussagen über die Unternehmen aus den anderen Klassen (Industrie bis 10 Millionen Euro Umsatz, Industrie ab 10 Millionen Euro Umsatz, Dienstleister ab 10 Millionen Euro Umsatz) treffen zu können, wurde bewusst eine disproportionale Stichprobe gezogen, in der diese Unternehmen in hinreichender Fallzahl vertreten sind.

Ein besonderer Fokus der Studie liegt auf den Analyseergebnissen für die einzelnen Regierungsbezirke. Ein Unternehmensregister mit Einteilung nach Umsatzgrößen liegt zwar für Bayern vor, aber nicht für die einzelnen Regierungsbezirke. Auf eine repräsentative Hochrechnung der Ergebnisse musste demnach wegen Unkenntnis der Grundgesamtheit verzichtet werden.

Es bleibt also festzuhalten, dass die Verteilung der befragten Unternehmen über die Umsatzgrößen und die Branchen nicht der Grundgesamtheit aller Unternehmen in Bayern entspricht und die Ergebnisse der Befragung auch nicht hochgerechnet werden konnten. Die Frage, ob die Ergebnisse über die Stichprobe hinaus generalisiert werden können, ist davon allerdings nicht unmittelbar betroffen. Bei dieser Befragung wurde sichergestellt, dass die Fragen von Unternehmen mit wesentlichen Strukturunterschieden, von denen jeweils eine hinreichend große Anzahl an Unternehmen teilgenommen hatte, beantwortet wurden. Die hinreichend große Anzahl der beteiligten Unternehmen garantiert ähnliche Aussagen wie bei einer repräsentativen Hochrechnung.

Tabellenanhang – Ergebnisse der Befragung 2024

Standortloyalität (Würden Sie Ihren Standort wieder wählen ...)	Anteil (Eher) Ja
in Bayern?	91,0 %
in Deutschland?	85,6 %

Standortqualität	Punktwert (0–100)
Wie beurteilen Sie die regionale Standortqualität (auf einer Skala von 0–100 Punkten)?	72,8

Zufriedenheit im Bereich Humankapital	Mittelwert
Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte	3,8
Verfügbarkeit von Fachkräften	4,0
Verfügbarkeit von Absolventen in MINT-Fächern	3,6
Qualität der Bildungsinfrastruktur (Schul- und Weiterbildungssystem)	2,7
Arbeitskosten	3,7
Flexibilität des Arbeitsrechts	4,1
Bürokratischer Aufwand	4,7

Verbesserungsbedarf im Bereich Humankapital	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen verbessern	80,2%
Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland erleichtern	58,0%
Flexibilität des Arbeitsrechts erhöhen	75,1%
Flexibilität des Arbeitszeitrechts erhöhen	76,1%
Arbeitsrecht und -schutz entbürokratisieren	86,0%
Arbeitskosten senken	81,3%
Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen	62,0%

Anhang

Mehr Transparenz über und einfacheren Zugang zu Fördermöglichkeiten der beruflichen Weiterbildung	68,2%
Generell Anreize zur Arbeitsaufnahme bzw. Mehrarbeit verbessern	76,3%

Zufriedenheit im Bereich Allgemeine Infrastruktur	Mittelwert
Güte der digitalen Infrastruktur	3,3
Güte der Mobilfunkinfrastruktur	3,2
Güte der soziokulturellen Infrastruktur	2,7
Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2,7
Infrastruktur für den Straßenverkehr	2,7
Infrastruktur für den Schienenverkehr	3,7
Infrastruktur für den Luftverkehr	2,6

Verbesserungsbedarf im Bereich Allgemeine Infrastruktur	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
Breitbandinitiative fortführen	89,4%
Mobilfunkinfrastrukturausbau forcieren	81,4%
Investitionen in die Straßenverkehrsinfrastruktur	66,8%
Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur	74,8%
Sicherung wohnortnaher Schulen	87,5%
Sicherung wohnortnaher Kitas	88,6%
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	85,3%
Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum	80,6%
Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	92,1%
Flächendeckendes Angebot im ÖPNV sicherstellen	82,7%
Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	88,6%
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen	61,2%

Anhang

Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für nachhaltige Antriebs-
technologien 68,4%

Zufriedenheit im Bereich Innovationsumfeld

Mittelwert

Förderungsangebot für Unternehmen

3,1

Existenz FuE-/Innovationsnetzwerke

2,8

Zugang zu Technologien

2,6

Technikfreundlichkeit/positives Innovationsklima

2,6

Proaktive Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen

3,0

Verbesserungsbedarf im Bereich Innovationsumfeld
Anteile
**„Stimme voll und ganz
zu“ und „Stimme zu“**

Beratungsangebot verbessern

70,8

Förderungsangebot ausbauen

76,6

Antragsverfahren erleichtern

92,2

Unterstützung von Innovations-Netzwerken

58,3

Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung

59,2

Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung erleichtern

77,5

Gesellschaftlich besonders relevante Innovationsfelder verstärkt öffentlich
fördern

67,2

Zufriedenheit im Bereich Energie und Rohstoffe
Mittelwert

Sichere Rohstoffversorgung

2,7

Sichere Stromversorgung

2,3

Sichere Gasversorgung

2,6

Höhe der Rohstoffpreise

3,8

Höhe der Strompreise

3,9

Höhe der Gaspreise

3,8

Anhang

Höhe der Spritpreise	4,0
<hr/>	
Verbesserungsbedarf im Bereich Stromversorgung und Strompreise	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
<hr/>	
Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten	88,3%
<hr/>	
Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern auch mit Forschungsförderung	83,1%
<hr/>	
Regulierte Komponenten bei Strompreisen senken	81,2%
<hr/>	
Ausbau der Infrastruktur für eine wasserstoffbasierte Energieversorgung	63,9%
<hr/>	
Beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien	71,8%
<hr/>	
Energieimporte breiter diversifizieren und auf mehrere Handelspartner setzen	73,6%
<hr/>	
Einführung eines regulierten Brückenstrompreises	53,6%
<hr/>	
Einschätzung der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft	Mittelwert (1 „sehr stark gerüstet“ bis 6 „überhaupt nicht gerüstet“)
<hr/>	
In vielen Bereichen der Wirtschaft wird der internationale Wettbewerb intensiver. Unternehmen bauen Auslandsproduktionen auf, kooperieren mit ausländischen Unternehmen und binden sich zunehmend in internationale Wertschöpfungsketten ein. Fühlen Sie sich vor diesem Hintergrund gut gerüstet, um Ihr Unternehmen bei steigenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs auch zukünftig erfolgreich zu positionieren?	2,9
<hr/>	
Zufriedenheit im Bereich Verwaltungshandeln	Mittelwert
<hr/>	
Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	3,7
<hr/>	
Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	4,0
<hr/>	
Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	4,0
<hr/>	
Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich Verwaltungshandeln	Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“
<hr/>	

Anhang

E-Government/E-Administration stärker ausbauen	75,3
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	85,3
Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränken, wenn sie dadurch in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten	43,7
Einführung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene	73,8

Ansprechpartner/Impressum

Raimo Kröll

Abteilung Planung und Koordination

Telefon 089-551 78-104
raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

Weiterer Beteiligter

Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Consult GmbH

Hanno Kempermann
Dr. Hilmar Klink
Lennart Bolwin

E-Mail:
kempermann@iwkoeln.de

Telefon: 0221 4981-758